



**Gesellschaft zur Rechtlichen und  
Humanitären Unterstützung e.V.  
Der Vorstand**

# **Information**

**35. Grenzertreffen am 6. November 2021  
in Bestensee**

**Für Mitglieder und Sympathisanten**

Berlin, Dezember 2021



## **Eröffnung durch Genossen Günter Leo, Leiter der AG Grenze**

Liebe Kameraden der NVA und der Grenztruppen,  
 liebe Genossinnen und Genossen, Freunde und Gäste!

Im Namen der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung und ihrer AG Grenze begrüße ich Euch alle herzlich zu unserem 35. Grenzertreffen.

Unser besonderer Gruß gilt dem letzten Staatsratsvorsitzenden der DDR, Egon Krenz. Wir freuen uns, dass Egon trotz gesundheitlicher Beschwerden seine Teilnahme am Treffen ermöglicht hat.

Von hier aus grüßen wir herzlich Generaloberst a.D. Fritz Streletz, der aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen kann. Wir wünschen ihm baldige Genesung.

Seit Jahren eng verbunden sind wir mit unseren Genossen des KCP, des Klubs der tschechischen Grenzgebiete, aus der Tschechischen Republik und Genossen der Republik Polen.

Wir begrüßen die polnische Delegation unter Leitung des Genossen Tiszuk.

Die tschechische Delegation hat kurzfristig wegen Corona abgesagt. Die von ihnen übermittelten Grüße möchten wir herzlich erwidern.

Kameraden, Freunde!

Besonders erfreut sind wir über die Teilnahme von Oberst Sergej Chadaev und Major Nikolai Borchanimov, stellvertretende Militärattachés der Botschaft der Russischen Föderation.

Eingeladen zu unserem Treffen haben wir weiterhin die Militärattachés aus China, Kuba, Vietnam. Möglicherweise werden sie während unserer Veranstaltung hier noch eintreffen.

Liebe Anwesende,

es freut uns, dass wir eine Vielzahl von Vertretern befreundeter Parteien, Organisationen, Institutionen hier begrüßen können, insbesondere den Vorsitzenden der DKP, Genossen Patrik Köbele.

Wir begrüßen weiterhin unsere ehemaligen Waffenbrüder des Vereins zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenze, besonders Manfred Grätz und Siegfried Eichner,

Mitglieder des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV), unsere Freunde vom DDR-Kabinett Bochum, Vertreter von Medien (JW, UZ, Rotfuchs, Kompass).

Liebe Kameraden, Genossen und Gäste,

unser Treffen ist dem 75. Jahrestag der Gründung der Grenzpolizei gewidmet. Wir Grenzer standen über 43 Jahre an vorderster Front

zwischen den Besatzungszonen,

zwischen den beiden deutschen Staaten,

zwischen der NATO und dem Warschauer Vertrag.

Gemeinsam mit unseren Waffenbrüdern der NVA und den sozialistischen Bruderarmeen haben wir entscheidend dazu beigetragen, dass über Jahrzehnte der Frieden erhalten blieb. Das ist das große Werk ganzer Generationen von Angehörigen der Grenztruppen. Darauf können wir alle stolz sein.

27 Grenzpolizisten und Grenzsoldaten ließen in Ausübung ihres ehrenvollen Dienstes ihr Leben. Wir verneigen uns vor ihnen. Nach der Annexion der DDR wurden Tausende Angehörige der Grenztruppen verfolgt und über 180 von ihnen von der bundesdeutschen Justiz verurteilt. Entgegen Recht und Gesetz. Ihnen gebührt unsere Achtung und Solidarität.

Unser Dienst für den Frieden wird bis heute von den Herrschenden Deutschlands kriminalisiert und verunglimpft. Krieg dagegen mit Aufrüstung, Auslandseinsätzen und militärischer Bedrohung anderer Staaten als angebliche Friedensmission glorifiziert. Vor allem Russland und China sind zunehmend verbalen und militärischen Provokationen ausgesetzt. Die Gefahr eines Krieges ist greifbar nahe. Eine Wende in der Politik ist auch nach der Wahl nicht sichtbar. Mit unserer Veranstaltung wollen wir unsere Forderung unterstreichen:

**Schluss mit imperialistischer Kriegspolitik!**

**Frieden und Freundschaft mit Russland und China!**

Liebe Teilnehmer.

Wir freuen uns, dass wir zu Beginn unseren Genossen **Hartmut König** mit seinem musikalischen Beitrag begrüßen können.

## Rede des Genossen Egon Krenz

### Fernab jeder Nostalgie haben Ideen und Leistungen der DDR zukunftswert

Liebe Freunde, Genossinnen und Genossen,

Kaum zu glauben: Schon mehr als drei Jahrzehnte sind vergangen, seit wir uns zum ersten Mal zu unserem jährlichen Treffen verabredeten, um die Zeit, in der wir leben, besser verstehen zu können und ein starker Gegenpol zu sein zu den Geschichtsfälschern.

Medien nennen uns deshalb gern die „Ewiggestrigen“, die „Nostalgiker“ oder auch „Betonköpfe“. Nichts von dem sind wir.

Wir verstehen uns dagegen eher als die „Ewigmorgigen“. Wir wollen uns nämlich mit unseren bescheidenen Kräften einbringen in die Kämpfe für eine friedliche Gegenwart und Zukunft für unsere Kinder und Kindeskinde.

Wir sind **aktive** Zeitgenossen, die beunruhigt sind, wie negativ sich nach der Niederlage des europäischen Sozialismus die Welt entwickelt hat, wie unsicher sie geworden ist, wie zerbrechlich der Frieden ist und wie feindselig der deutsche Staat sich zu Russland, zur Volksrepublik China, zu Kuba und Venezuela verhält.

Beunruhigt bin ich, dass die wichtigste Frage der Menschheit - Krieg oder Frieden - in den Wahlkämpfen keine Rolle gespielt hat. Die außenpolitischen Äusserungen der Parteien der künftigen Ampelkoalition lassen vor allem in dieser Beziehung nichts Gutes erwarten. Russophobie wird zur Staatsdoktrin. Russland und China zu Feinden zu erklären, ist höchst explosiv und objektiv gegen deutsche Interessen gerichtet.

Die neueste NATO- Strategie gegen Russland und China ist eine Politik am Rande einer Katastrophe unter Missachtung aller Lehren aus der deutschen Geschichte.

Nach den letzten NATO-Tagungen kam mir unwillkürlich ein Gedicht von Erich Weinert in den Sinn. Ihr kennt es wahrscheinlich:

Der „Heimliche(r) Aufmarsch“ – Mit der Melodie von Hans Eisler und der kräftigen Stimme des Arbeitersängers Ernst Busch ist zu es DDR- Zeiten oft erklingen.

In ihm heißt es:

Es geht durch die Welt ein Geflüster

Arbeiter, hörst du es nicht?

Das sind die Stimmen der Kriegsminister

Arbeiter, hörst du sie nicht?

Es flüstern die Kohle- und Stahlproduzenten

Es flüstert die chemische Kriegsproduktion

Es flüstert von allen Kontinenten:

"Mobilmachung gegen die Sowjetunion!"

Heute macht die NATO mobil gegen Russland und China. Und Deutschland ist aktiv dabei.

Dass wir inzwischen zurück gekehrt sind in die düstersten Zeiten des Kalten Krieges – dafür ist 1989 niemand auf die Strasse gegangen.

Die Wahlen sind vorbei, die Probleme bleiben: Deutschland ist auch nach 30 Jahren zutiefst gespalten, nicht nur in Ost und West, vor allem sozial; die Gesellschaft ist von neuen Mauern durchzogen, Zukunftsängste nehmen zu. DDR - Werte wie Gemeinwohl, Gemeinsinn, Gerechtigkeit, Geborgenheit, soziale Sicherheit und Solidarität, die wir aus unserem ersten Leben sehr gut kennen, sind dieser Gesellschaft fremd. Standen sich bis 1990 die beiden feindlichen Weltsysteme Sozialismus und Kapitalismus gegenüber, so verläuft inzwischen die Trennlinie wieder mitten durch Deutschland und teilt die Menschen nach ihrem Eigentum ein, nämlich Lohnarbeit und Kapital, wie wohl Marx und Engels das nennen würden.

Was alles haben wir seit der Rückkehr des Kapitalismus in unser Land erleben müssen! Es ist gut, dies nicht zu vergessen und sich zu erinnern, wie die Bundesrepublik Deutschland ihre selbst proklamierten Regeln für einen Rechtsstaat brach, um die DDR zu einem beispiellosen Kriminalfall der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert herabzuwürdigen.

Jeder von uns hat da seine eigene Bilanz. Das ist auch gut so. So werden Geschichte und Geschichten an die Enkel und Urenkel weitergegeben und der Nachwelt wird hinterlassen, dass die DDR trotz vieler Fehlentwicklungen anders war als ihre Gegner sie heute schildern: Sie war politisch ehrlicher, sozial gerechter, moralisch sauberer, dem Gemeinwohl verpflichtet auf dem Wege in eine Gesellschaft, in der der Mensch nicht des Menschen Wolf war, in der er mehr galt als das Scheckbuch, weil die Großkapitalisten, ihre Banken und die Großgrundbesitzer entmachtet waren.

Dass die Linke diese antikapitalistische Basis der DDR nicht als Teil ihrer Geschichte verteidigt und darauf für die Zukunft aufbaut, ist für mich ein historischer Fehler.

Ohne die DDR ist Deutschland weder gerechter noch friedlicher geworden. Das Besondere an der DDR ist, das ihr kein Geschwätz nehmen kann: Sie ist **der** deutsche Staat, der nie einen Krieg geführt hat. Sie hat für Kriegsgefallene keine Ehrenhaine schaffen und ihre Soldaten nicht kopflos aus Kriegsgebieten heimholen müssen.

Kein NVA Soldat, kein Grenzer hat je zu Kampfeinsätzen fremden Boden betreten müssen. Und das, liebe Genossen, ist das Wichtigste Eures Lebens, das Entscheidende in der Geschichte der Grenztruppen: Ihr habt beigetragen, dass die DDR Synonym ist für 40 Friedensjahre in Europa. Darauf kann jeder von uns stolz sein.

Ich hatte nie Illusionen, dass die Rache dafür, dass die DDR sich mehr als 40 Jahre dem Zugriff des Kapitals entziehen konnte, stark sein würde, sollte der Kapitalismus doch einmal zurückkommen.

In diesem Punkt habe ich mich nicht geirrt. Doch in welchem hohem Maße und mit welcher großer Arroganz die Herrschenden, ihre Medien und Institutionen das gelebte Leben von Millionen DDR-Bürgern gering schätzen - das hat selbst mich überrascht und ist weit weg davon, Deutschland wirklich zu einigen.

Wenn heutzutage Politiker und Medien, selbst die noch amtierende Bundeskanzlerin, gönnerhaft zugestehen, die Lebensleistungen der Ostdeutschen anerkennen zu wollen, dann klingt das angesichts des bisherigen Umgangs mit DDR-Biografien, nach Treuhand als Selbstbedienungsladen für Westkapital, nach Deindustrialisierung, nach Rückgabe vor Entschädigung, nach Schleifung Volkseigener Betriebe und

Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften, nach krimineller Veruntreuung von Fördergeldern Ost im Westen, nach Arbeitslosigkeit und Rentenstrafrecht – dann klingt das mehr als heuchlerisch.

Der Bundespräsident hat kürzlich die Ostdeutschen zu mehr „Selbstbewusstsein“ aufgerufen. Eigentlich lobenswert, doch vergessen, die Wahrheit hinzuzufügen, dass die Regierenden der Bundesrepublik, ihre Medien und Institutionen seit über 30 Jahren damit beschäftigt sind, dass Selbstbewusstsein von DDR-Bürgern zu brechen, ihre Erfahrungen und ihr Wissen – wie selbst Angela Merkel eingestehen musste - als „Ballast“ zu denunzieren.

Als ich Anfang der neunziger Jahre Gorbatschow traf, um ihn zu informieren, dass die bundesdeutsche Justiz fast 100 000 politische Ermittlungsverfahren gegen DDR-Bürger eingeleitet hatte, erzählte er mir von einem Gespräch mit Bundeskanzler Kohl. Der habe ihm gesagt, wirtschaftlich werde man die deutsche Einheit schnell meistern, aber - Zitat – „Michail Sergejewitsch, wir sind da drüben im Osten einem fremden Volk begegnet. Die sind ganz anders als wir.“ - Ende des Zitats.

Abgesehen von den unrealistischen wirtschaftspolitischen Vorstellungen des Ex-Kanzlers, offenbarten seine späten Erkenntnisse über das Volk der DDR, dass man in der Bonner Republik nie so richtig wusste, was DDR-Bürger wirklich bewegt.

Das Interesse der Herrschenden dort galt immer nur den DDR-Gegnern, den Flüchtlingen, den Antragstellern, den Menschen, die den westlichen Medien mehr glaubten als den DDR-Realitäten.

Diese waren und sind weiterhin die Helden ihrer verdrehten Geschichte, sind ihre lobenswerten „Revolutionäre“.

Dass es Millionen selbstbewusste Bürger gab und noch gibt, die gern in der DDR lebten und sehr viele von ihnen hier auch ihr Vaterland sahen, die sich eingesetzt haben, dass das Leben lebenswerter wurde - das hatte im antikommunistischen Denken der altbundesdeutschen Elite keinen Platz. Wie es in einem Artikel der Berliner Zeitung hieß: Sie haben es immer noch nicht begriffen: In der DDR lebten auch denkende Menschen, die meinten, der DDR-Sozialismus sei für sie das Richtige. In der Negierung solcher historischen Tatsachen sehe ich eine wesentliche Ursache für die Fehltritte der Politiker fast aller Parteien über die DDR.

Das hat sich bis heute nicht geändert. Wenn es um die DDR geht, verfallen selbst sonst oft sachlich argumentierende Politiker in das Reich der Fantasie. Wolfgang Schäuble zum Beispiel meinte in einem Streitgespräch mit der Schriftstellerin Daniele Dahn allen Ernstes, mit der Einheit sei auch die Gesichtsfarbe der Menschen (aus der DDR) eine andere geworden. „die war früher grau“. – Zitat – „Die Menschen gucken jetzt offener, die haben früher immer nur nach unten geschaut.“ - Ende des Zitats.

Ein Kommentar zu solcher Albernheit ist überflüssig. Wie „stark“ aber beispielsweise das angeblich konkrete Wissen des zweiten Mannes im Staat über die DDR wirklich ist, verrät sein geradezu belustigendes Urteil - Zitat -: „In der DDR durfte man gar nicht studieren, wenn man nicht Mitglied der SED ... „war<sup>1</sup>“ - Ende des Zitats.

Dabei hätte er nur einmal bei der damals parteilosen und gläubigen Pfarrerstochter und Akademikerin Angela Merkel fragen zu brauchen, wer denn in der DDR studierte. Zu den größten Leistungen der DDR gehört nämlich, dass sie das Jahrtausend alte Bildungsprivileg der Ausbeuterklassen gebrochen hatte. Den nicht in der DDR

sozialisierten Politikern empfehle ich zur Weiterbildung den Roman von Hermann Kant „Die Aula“, der viel über den schwierigen Weg von Arbeitern und Bauern zu Akademikern aussagt.

1990 wurden die meisten von ihnen wieder in ihren alten Stand zurückgesetzt - von Akademikern zu Zwangsrentnern mit Rentenkürzung. Und das in der schöpferischsten Phase ihres Lebens. Was für eine Demütigung und zugleich Vergeudung geistigen Reichtums.

Solche Bosheiten von Politikern wie oben angeführt sind keine einmaligen Entgleisungen. Sie sind die Fortsetzung dessen, was 1990 als Wille der Obrigkeit formuliert worden war: Die DDR habe, so das Fehlurteil eines Westberliner regierungstreuen Professors - Zitat –

» fast ein halbes Jahrhundert die Menschen verzwert, ihre Erziehung, ihre Ausbildung verhunzt«.<sup>2</sup>

Daraus, so die Schlussfolgerung: -

Zitat - »

„Wir können den politisch und charakterlich Belasteten ihre Sünden vergeben, alles verzeihen und vergessen. Es wird nichts nutzen; denn viele Menschen sind wegen ihrer fehlenden Fachkenntnisse nicht weiter verwendbar. Sie haben einfach nichts gelernt, was sie in eine freie Marktwirtschaft einbringen können“<sup>3</sup> – Ende des Zitats.

Altbundespräsident Gauck - mehr Ideologe als Theologe - sprang dem Regierungsprofessor aus dem Westen bei: „Wir konnten nicht zulassen“, verkündete er, „dass die sozialistischen Globkes in ihren Ämtern und Positionen in Staat und Gesellschaft blieben.“ – Zitat Ende.

Dies war eine unglaubliche Gleichsetzung von Hundert-Tausenden entlassenen Lehrern, Wissenschaftlern, Juristen, Diplomaten, Militärs und Angestellten der DDR mit dem unter Konrad Adenauer als Staatssekretär in das Bundeskanzleramt geholten Mitautor des Kommentars zu den Nürnberger Rassegesetzen, die den Mord der Nazis an Juden, Sinti und Roma legitimiert hatten.

Um noch einmal in Erinnerung zu rufen, mit welchem Mordgesellen die DDR-Verantwortlichen durch Herrn Gauck verglichen wurden: Globke war Oberregierungsrat im Reichsinnenministerium der Nazis. Er schrieb: „Die Juden müssen sich damit abfinden, dass ihr Einfluss auf die Gestaltung des deutschen Lebens ein für alle Mal vorbei ist“.

Das Foto dieses für den Holocaust Mitverantwortlichen hängt bis heute in der Ahnengalerie des Bundeskanzleramtes. Allerdings musste inzwischen ein Hinweis auf seine faschistische Vergangenheit angebracht werden. Das zeigt doch sehr deutlich, wie richtig die DDR bei der Beurteilung von Stützen des westdeutschen Staates lag.

Globke wurde in der DDR zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Das war nicht Propaganda, wie das oft bis heute behauptet wird, sondern eine prinzipielle politische Auseinandersetzung mit der faschistischen Diktatur und ihren Aktivisten.

In diesem Zusammenhang sagen Zahlen viel darüber aus, mit welchem Personal man rücksichtsloser umgesprungen ist, mit Nazis oder mit Antifaschisten:



1933 wechselten die Nazis elf Prozent der Eliten der Weimarer Republik aus. In Westdeutschland wurden 1945 dreizehn Prozent der Nazikader entfernt. Nach dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik schickte die neue bundesdeutsche Herrschaft 85 Prozent der DDR-Eliten ins berufliche und damit oft auch ins soziale Aus.

Vergangenheit als SS-Angehöriger störte bei der Übernahme in bundesdeutsche Ämter nicht, IM gewesen zu sein dagegen, wurde zum Kainsmal auf Lebenszeit.

Meines Wissens hat niemand aus der Bundesregierung je solche Diskriminierungen widersprochen. Wie auch dem Slogan nicht „Leben wie bei Kohl und arbeiten wie bei Honecker“, was uns DDR-Bürgern quasi zu Schmarotzern erklärte oder dem Urteil, Ursache für rechtes Gedankengut im Osten sei das „Zwangstopfen“ in den Kinderkrippen der DDR. Der westdeutsche General Schönbohm war sich als brandenburgischer Innenminister sicher, dass der fürchterliche Babymord in Finkenheerd unbedingt eine - Zitat – „Folge der Proletarisierung in der DDR“ gewesen ist. Nicht vergessen auch die wiederbelebte Kampagne gegen die Roten Socken, in deren Folge nicht wenige DDR – Bürger durch Selbstmord aus dem Leben geschieden sind.

Bis in die Gegenwart hinein wird keine Statistik darüber veröffentlicht, wer aus Verunglimpfung, Verurteilung oder finanzieller Not im Zusammenhang mit der deutschen Einheit aus dem Leben ging.

Einer der bekanntesten und begabtesten Schauspieler der DDR, Wolf Kaiser, hat zwar sehr drastisch, aber auch sehr persönlich ausgedrückt, was er empfand, als er sich das Leben nahm:

- Zitat – „Würde er (Brecht) heute noch leben, würde er sich das Leben nehmen. Das würde er nicht durchhalten, diese Überschwemmung des Kapitals, Brachialgewalt, Nötigkeiten, Kriminalität, Hurerei. Und ich auch nicht“

Man kann sich bei den Diskriminierungen von DDR-Bürgern nicht darauf zurückziehen, dass es sich um freie Meinungsäußerungen Einzelner handelt. Was hatte doch Justizminister Kinkel am 23. September 1991 auf dem 15. Deutschen Richtertag in Köln gesagt? Zitat:

»Sie, meine Damen und Herren, haben als Richter und Staatsanwälte ... eine ganz besondere Aufgabe ...: mit dem fertigzuwerden, was uns das vierzigjährige Unrechtsregime in der früheren DDR hinterlassen hat. ... Es muss gelingen, das SED-System zu delegitimieren, das bis zum bitteren Ende seine Rechtfertigung aus antifaschistischer Gesinnung, angeblich höheren Werten und behaupteter absoluter Humanität hergeleitet hat ...»<sup>4</sup> Ende des Zitats.

Wie man sich auch dreht und wendet, liebe Anwesende, die Diskriminierung von DDR-Bürgern war staatlich gewollt, von der «Aufarbeitungsindustrie» erfunden, von der Regierung angeordnet und – wo notwendig - von den Gerichten ausgeführt.

Ich frage mich manchmal schon, warum das alles?

Es geht ja nicht um die Aufbereitung historischer Fehler. Daran würde ich mich ja gern beteiligen. Schon, damit es kommende Generationen besser machen als wir.

Nein, es geht nicht einmal nur um Revanche dafür, die Macht des Kapitals für einige Jahrzehnte eingeschränkt zu haben.

Es geht um **Prävention**, dass die Erinnerung an die tatsächliche DDR als Impuls für kommende Kämpfe wirken könnte.

Ein Streit um die Geschichte ist immer auch ein Streit um die Gegenwart. Die Umdeutung der Geschichte ist inzwischen auch mit einer Neuverteilung geschichtlicher Schuld verbunden. In den ersten Weltkrieg sei man halt nur so reingerutscht, ganz ohne imperiale Interessen. Für den zweiten Weltkrieg gibt es gleich zwei Verantwortliche: Stalin und Hitler, womit deutsche Schuld relativiert wird. Die Schuld für die Spaltung Deutschlands wird allein der DDR angedichtet.

Was für ein Geschichtsrevisionismus!

Zu den absurdesten Vorwürfen gehört, DDR - Bürger hätten vierzig Jahre auf der „falschen Seite der Geschichte gestanden“. Der Mann, aus dessen Mund das stammt, ist noch immer vom Siegesrausch seines Gleichen benebelt.

Wer bitte schön, bestimmt, wo die richtige Seite der Geschichte war? Etwa der Mann mit dem geschichtlich zweifelhaften Titel „Ostbeauftragter“, ein Parteifreund des früheren rechtslastigen Präsidenten des Verfassungsschutzes?

Nein, schauen wir auf die über 200-jährige Geschichte nach der Französischen Revolution über die Große Sozialistische Oktoberrevolution und ihre Auswirkungen, dann stellen wir einen Kampf von Revolution und Konterrevolution fest. Genau das erleben wir auch jetzt. Wie dieser Kampf ausgeht, wird die Zukunft erweisen.

Unzählige Ereignisse in der Welt und in Deutschland haben die DDR - Bürger immer zur Parteinahme herausgefordert: Die nie heilenden Wunden von Hiroshima und Nagasaki. Die Todesschüsse auf Patric Lumumba, Martin Luther King, Salvador Allende, Mandela in rassistischem Gewahrsam auf Robben Island, US-Invasionen von Vietnam über Kuba bis Grenada, Befreiungskriege in Angola, Mozambique und weiteren Staaten in Asien und Afrika.

Und die Bundesrepublik Deutschland?

Immer - offen oder verdeckt – an der Seite der Invasoren, der Apartheid in Südafrika und der Diktatoren in Griechenland, Portugal, Spanien und Chile. Bis heute werden deutsche Waffen an Diktaturen geliefert.

Wie verwirrt muß jemand sein, der vor diesem geschichtlichen und aktuellen Hintergrund DDR - Bürger auf „diktatursozialisiert“ reduziert, die auch „nach 30 Jahren nicht in der Demokratie angekommen“ seien. Abgesehen davon, dass es ja für die DDR spricht, wenn sich so viele ihrer erinnern. Der Herr vergisst vor das Hauptwort „Demokratie“ die Adjektive „westdeutsche“ oder „bürgerliche“ zu setzen. Auf die Idee, dass diese Demokratie weit weg ist von dem, was Volksherrschaft wirklich bedeutet, kommen diese Leute nicht. Wenn man unsere Sozialisation schon mit einem Wort ausdrückt, dann sind wir vor allem „**humanismussozialisiert**“.

Wir verstanden uns als Arbeiter- und Bauernstaat, wenn man so will, als eine Diktatur der Mehrheit über die Minderheit.

Diktatur hin und her, entscheidend ist doch die Rolle, die die Menschen in einem Staat spielen. Kein Realist wird bestreiten können, dass wir bei allem Unvollkommenen da besser waren als die Bundesrepublik heute ist

Es kann nicht gelingen, den Leistungen der Ostdeutschen mehr Respekt zu zollen, wenn gleichzeitig der Staat, auf dessen Boden diese erst ermöglicht wurden, als

Unrechtsstaat herabgewürdigt wird. Wie lächerlich ist doch die Behauptung, DDR-Bürger hätten ihre Leistungen **trotz** SED-Regimes vollbracht.

Den Regierenden ist offensichtlich bis in unsere Tage hinein entgangen: DDR-Bürger hatten nicht nur die Trümmer des Zweiten Weltkrieges beseitigt, Städte und Dörfer wieder bewohnbar gemacht, wertvolle kulturhistorische Bauten wieder errichtet, sondern auch zahlreiche neue Betriebe, Straßen, Stadtteile und Städte mit modernen Wohnungen, Schulen, Kinderkrippen und Kindergärten, Ambulatorien, Krankenhäusern Sport- und Kulturstätten geschaffen. Nicht zu vergessen, dass jene historischen Gebäude, in denen sich die heute Regierenden selbst feiern, von der DDR wiederaufgebaut wurden: Das Schauspielhaus Berlin, die Semperoper Dresden, das Gewandhaus Leipzig und vieles mehr. Es gab 1945 nichts, aber auch gar nichts, was die SED hätte runter wirtschaften können, wie ihre Gegner behaupten. Mit Schmerz haben wir dagegen erleben müssen, dass der moderne „Palast der Republik“, mit dem Fleiß des Volkes aufgebaut, dem reaktionärsten Traditionsbewusstsein der Konservativen weichen musste.

Zu Recht empfinden viele das als ein kulturpolitisches Verbrechen.

Wenn die DDR so großartig war - höre ich oft - warum gibt es sie dann nicht mehr? In der Regel erwartet man von mir die Antwort sogar in einem Satz. Diesen einen Satz kenne auch ich nicht.

Die Antworten fielen dann auch in den zurückliegenden Jahren sehr unterschiedlich aus. Für die einen war Honecker der Bösewicht, der vom Altersstarrsinn befallen sein sollte, für andere hatte Krenz, also ich, zu spät gehandelt und dann alles in den Sand gesetzt; Modrow hätte es besser gekonnt. Für einen ganzen Parteitag, der das Kind mit dem Bade ausschüttete, wiederum war der Stalinismus schuld, jener Gummibegriff, der als Totschlagsargument für alles und nicht benutzt werden kann. Andere fanden heraus, die DDR hätte 1985 einfach nur Gorbatschow und seiner Perestroika folgen müssen, dann wäre alles gut gegangen, obwohl inzwischen erwiesen ist, dass diese Politik letztlich zur Zerschlagung der Sowjetunion geführt hat. Es gab auch Leute, die einen anderen Sozialismus als den in der DDR wollten, ohne zu wissen, wie der denn hätte aussehen sollen ohne Marx und ohne Lenin. Mehr Demokratie hätte die DDR retten können, meinen wiederum andere. Viele finden persönliche Gründe heraus: Herzloses Handeln von DDR-Verantwortlichen, fehlende Reisefreiheit, mangelndes Vertrauen, Amtsmissbrauch und Korruption. Inzwischen ist Gorbatschow der „Verräter“, der für alles verantwortlich ist. Darin liegt viel Wahrheit, vor allem die Entsendung seines Beauftragten Portugalow hinter dem Rücken der DDR am 21. November 1989 zu Gesprächen nach Bonn war die entscheidende Operation zur Preisgabe der DDR.

Verrat hat nur einen „Schönheitsfehler“. Es sagt nichts darüber aus, warum wir uns haben verraten lassen.

Bei jedem der oben genannten Gründe gibt es sicher ein Körnchen Wahrheit, das zum Gesamtbild beiträgt, bei dem einen weniger, bei dem anderen mehr. Für Gregor Gysi jedoch ist die Sache einfach: Die DDR sei an sich selbst gescheitert, sagt er - und das zurecht, meint er. Sie sei uneffektiv, undemokratisch und unökologisch. Basta! Das ist für mich eine unzulässige Vereinfachung. Ich verkenne nicht, dass ein Großteil subjektive Schuld auch bei der Partei- und Staatsführung lag, der ich angehörte und

sie zum Schluss selbst leitete. Je schwieriger die Situation wurde, um so weniger haben wir die Realitäten des Lebens wahrgenommen. Die gesellschaftliche Realität wurde vom Politbüro geschönt und dieses schöne Bild als die gültige Realität ausgegeben. Das Vertrauensverhältnis zwischen Partei und Volk wurde so über einen langen Zeitraum zusehends zersetzt. Vor allem haben wir versäumt, die Veränderungen in der Welt aus marxistischer Sicht zu analysieren und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen und diese mit der Bevölkerung offen und ehrlich zu diskutieren. Die DDR-Bevölkerung war doch politisch hochgebildet und interessiert. Dieses Potential haben wir leider in den achtziger Jahren ungenutzt gelassen. Als uns im Sommer 1989 so viele Bürger verließen, waren Politbüro und Regierung sprachlos und hatten nur die unsinnige Aufforderung parat, den Flüchtigen „keine Träne nachzuweinen“.

Trotz allem scheint mir, die Antwort auf einen komplexen historischen Vorgang, auf den Untergang einer geschichtlichen Epoche, kann auch nur komplex sein. Die DDR ist als Teil eines Ganzen, als ein Land des europäischen Sozialismus, von der politischen Landkarte getilgt worden. Sie ist an objektiven historischen Umständen zerbrochen, vor allem daran, dass von Moskau bis Berlin die viel beschworene Einheit von sozialistischer und wissenschaftlich – technische Revolution nicht wirklich in Angriff genommen wurde. Dafür aber das Wettrüsten Unsummen verschlang. Die UdSSR lief in die strategische Falle des Wettrüstens, die die USA aufgestellt hatte. Sie hat sich in einen nicht gewinnbaren Krieg in Afghanistan hineinziehen lassen.

Man darf nicht **alles** auf den imperialistischen Gegner schieben. Aber das der von Anfang an und mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln versucht hat, die DDR zu beseitigen, darf man nicht klein reden. Die DDR war ihm von Anfang an ein Dorn im Auge.

Er unterschob uns schon Verbrechen, als wir noch gar nicht existierten. Als 1948 das Grundgesetz der Bundesrepublik ausgearbeitet wurde, hat Carlo Schmid (SPD) formuliert: Man wolle „treuhänderisch“ für das gesamte deutsche Volk ... ein Rumpfdeutschland, das den Anspruch erhebt, Gesamtdeutschland zu repräsentieren. Eine Folge wäre, dass man die Bevölkerungsteile Mittel- und Ostdeutschlands als Irredenta anzusehen hätte, deren Heimholung **mit allen Mitteln zu betreiben wäre.**"

Wer sich diesem Anspruch einer westdeutschen Regierung nicht unterwerfe, hieß es weiter, wäre „als Hochverräter zu behandeln und zu verfolgen“<sup>5</sup>.

Kohl und seine Leute griffen in diesem Sinne zu als das Hauptland des Sozialismus, die UdSSR, schon auf dem Sterbebett lag. Die Sowjetunion und mit ihr wir hatten den Kalten Krieg verloren.

Müsste ich also doch trotz aller Schwierigkeiten das alles in einem Satz zusammenfassen, würde ich von Lenin abschreiben:

„Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das Allerwichtigste, das Ausschlaggebendste für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung.“<sup>1</sup> Ein Blick nach China genügt als weiteren Beweis für die Richtigkeit diese These.

Vor zwei Jahren hat der Bundespräsident in seinem Amtssitz eine Gesprächsreihe „Geteilte Geschichte“ eröffnet, was wohl so viel heißen sollte, die Geschichte beider deutscher Staaten und ihrer Menschen zu erzählen. Eigentlich eine gute Idee. Denn „aufgearbeitet“ – wie das neudeutsch heißt – wird ja bisher leider nicht die Geschichte

beider Staaten, sondern nur die der DDR. Und das ist noch geschönt ausgedrückt. Tatsächlich steht die DDR am Pranger, während die Bundesrepublik alles Gute und Schöne der deutschen Geschichte repräsentieren soll.

Der Eröffnungsvortrag des Bundespräsidenten setzt leider diese negative Tradition fort. Es wimmelt nur so von Verdächtigungen gegen die DDR ohne Bezug auf die zeitgeschichtlichen Zusammenhänge.

Vermisst habe ich beispielsweise Vorgänge, zu denen Stichworte stehen wie:

wer eigentlich ist verantwortlich für die Spaltung Deutschlands?

wer für die nahtlose Wiederverwendung großer Teile des Personals der Hitlerdiktatur in der jungen Bundesrepublik?

wer für die Remilitarisierung und den Aufbau der Bundeswehr mit Hilfe von Hilsgenerälen?

wer für den Beitritt der BRD zur NATO?

wer für die Teilnahme an aktuellen Kriegen, vordergründig an dem längsten Krieg der neuesten deutschen Geschichte in Afghanistan?

um nur einiges zu nennen.

Die Sünden der Bundesrepublik werden verschwiegen. In den 1950/60 Jahren wurden linke und andere demokratische Kräfte vor Gericht gestellt und saßen dort Richtern und Staatsanwälten gegenüber, von denen sie bereits in der Nazizeit verfolgt worden waren. Ausgangspunkt waren die von der Adenauer Regierung verfassten Blitzgesetze, auf deren Grundlage bei den Gerichten Sonderstrafkammern für politische Strafverfolgung eingerichtet wurden. Von 1950 bis 1968 wurden mehr als 500 000 politische Ermittlungsverfahren durchgeführt, die zu etwa 25 000 bis 30 000 Verurteilungen führten. Der Besitz von Büchern aus der DDR galt als kriminelles Vergehen ebenso wie die Inszenierung von Brechtstücken.

Höhepunkt der Kriminalisierung politischer Gegner war das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands, der FDJ und weiterer demokratischer Organisationen. Das alles war verbunden mit Inhaftierungen, mit der Aberkennung bürgerlicher Rechte, mit dem Verlust von Arbeitsplätzen, schwerwiegenden sozialen Benachteiligungen, nicht zuletzt führen sie zu erheblichen Einbußen bei der Rente. Bis zum heutigen Tage ist keine Rehabilitierung der Opfer der bundesdeutschen Gesinnungsjustiz erfolgt.

Es gibt keinen Grund, alles Schlechte in der deutschen Nachkriegsgeschichte der DDR und alles Gute der Bundesrepublik anzuheften. Die beiden deutschen Staaten standen von Anfang an in einem Verhältnis von Aktion und Reaktion: Nicht die Gründung der DDR und ihre 40-jährige Existenz sind Schanddaten der deutschen Geschichte, sondern die Versuche, die Lehren der deutschen Geschichte nicht zu ziehen und zu vergessen, dass Deutschlands Unglücksdatum der 30. Januar 1933 war.

Selbst wer subjektiv die DDR „hinter sich lassen“ möchte - man lässt ihn einfach nicht. Schafft es zum Beispiel ein Ostdeutscher wie bei der Berliner Zeitung in den erlauchten Kreis der Verlageigentümer einzutreten, der sonst nur den dafür ausgewählten reichsten westdeutschen Familien zusteht, wird sofort die „STASI - Akte“ gezückt. Eine bewährte Waffe gegen jede Konkurrenz aus dem Osten. So soll es nun noch bis zum Jahr 2030 bleiben.

Die Frage aber, wann endlich auch nach dem Gleichheitsgebot des Grundgesetzes angegeben werden muss, wer für den rechtslastigen Bundesverfassungsschutz arbeitet, dessen Rolle bei den NSU Morden mehr als zweifelhaft ist, wird nicht sachlich beantwortet, sondern ideologisch als „Ohrfeige für die Opfer des DDR-Regimes“ gedeutet.

Kürzlich wurde eine neue „Beauftragte des Bundestages für die SED-Opfer“ gefunden, die als Einstand bekanntgab: In der DDR waren etwa 300 000 Bürger aus politischen Gründen inhaftiert.

O, wie grausig.

Wo nur sollen so viele Gefängnisse gewesen sein, zumal diese vor allem für normale Gesetzesbrecher bestimmt waren.

Am 20. Juni 1987 zum Beispiel befanden sich exakt 27 523 Erwachsene in Haft.

4% von ihnen hatten einen politischen Hintergrund.

Amnestiert und aus der Haft entlassen wurden in dieser Zeit 24 621 Personen. Es blieben also rund 3000 Personen in den Gefängnissen übrig. Dies waren Nazi- und Kriegsverbrecher, Mörder, Gewalt- und Sittlichkeitsverbrecher. 1987 gab es in der DDR 46 Strafvollzugsanstalten und 36 Untersuchungshaftanstalten.

Um nicht missverstanden zu werden: Jeder zu Unrecht Verurteilte war einer zu viel. Und ich bedaure dies umso mehr, weil es keine Staatsdoktrin war, Unrecht zuzulassen. Aber auch hier sollte das Gleichheitsgebot des Grundgesetzes gelten. Es gibt nämlich Hunderttausende Opfer der politischen Justiz der alten Bundesrepublik, für die es keine Opferbeauftragten gibt.

Ich benutze das Kürzel „Stasi“ nicht. Nicht nur, weil es historisch korrekt „MfS“ (Ministerium für Staatssicherheit) heißen müsste, sondern weil inzwischen „STASI“ und „GESTAPO“ zu Wortpaaren gemacht wurden wie beispielsweise Faschismus und Sozialismus. Damit wurde es ein ideologischer Kampfbegriff, der keiner wirklichen Aufarbeitung der Geschichte dienen kann.

Ich wundere mich gelegentlich, wie leicht dennoch das Wortgebilde „STASI“ selbst gestandenen DDR-Funktionären über die Lippen geht, obwohl es zum Schimpf- und Hauptwort der Delegitimierung der DDR gemacht wurde. Das MfS war wie alle anderen Ministerien auch Verfassungsorgan und insofern weit entfernt von der Reduzierung auf den ideologischen Begriff „Geheimpolizei“.

Bei allem, was auch kritisch zum MfS zu sagen ist, bleibt doch wahr, dass die DDR wie andere Staaten auch ein berechtigtes Sicherheitsbedürfnisse hatte.

Die neuen Machthaber wissen nur allzu gut, warum sie alle Erkenntnisse des MfS zu den Machenschaften des BND und anderer westlicher Geheimdienste gegen die DDR bis heute unter Verschluss halten.

In der Auseinandersetzung mit Günter Grass über dieses Thema bekannte Herrmann Kant in bewundernswerter Klarheit: „Ich habe“, sagte er, „mit dem MfS gesprochen, weil es albern gewesen wäre, ganz für die DDR zu sein, aber nicht mit deren Sicherheitsministerium zu reden“.

Zurückliegende geschichtliche Ereignisse können zu Daten der aktuellen Politik werden und erklären, warum beispielweise Russland angesichts der Ausbreitung der NATO berechtigt um die Sicherheit seiner Grenzen besorgt ist.

Ein solches Datum ist der 22. Juni 1941, der Tag des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion, der sich kürzlich zum 80. Mal jährte, und den Bundestagspräsident Schäuble der Erinnerung im Deutschen Bundestag nicht für notwendig hielt.

Bei Bodo Ramelow las ich in seinem Onlinetagebuch:

Zitat:

„Beide Daten – der 22. Juni 1941 sowie der 13. August 1961 -markieren auf natürlich sehr verschiedene, aber dennoch einschneidende Weise für Millionen Menschen in Deutschland, Europa und der Welt katastrophale Wendepunkte ihres Lebens“.

Für 27 Millionen Sowjetbürger gab es keine Wendepunkte ihres Lebens mehr. Sie starben in den Kämpfen des zweiten Weltkrieges, in den Schlachten um Stalingrad und Berlin, während der verbrecherischen Blockade Leningrads durch die deutsche Wehrmacht, an der auch spätere führende Politiker der Bonner Republik beteiligt waren.

Für jeden Deutschen sollte sich eine Verharmlosung dieser Verbrechen verbieten.

Auch ich sehe einen Zusammenhang zwischen dem 22. Juni 1941 und dem 13. August 1961. Er ist grundsätzlicher. Zur Logik der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts gehört nämlich die Erkenntnis: Ohne den 30. Januar 1933, den Machtantritt des Verbrechers Hitler, kein 1. September 1939, kein Überfall auf die Sowjetunion, keine deutsche Niederlage, keine deutsche Spaltung, ohne Spaltung keine Bundesrepublik und keine DDR, keine Mauer, keine Militärbündnisse.

Solche Zusammenhänge verbieten Vergleiche von so Entgegengesetztem wie ich es beim Ministerpräsidenten Thüringens las.

Ich habe während meines Studiums in Moskau in direkter Wohngemeinschaft mit sowjetischen Menschen viermal den Erinnerungstag an den 22. Juni 1941 erlebt.

Ich konnte dabei nachempfinden, dass mit dem Aufruf zum Heiligen Krieg des Sowjetvolkes 1941 gegen die faschistischen Eindringlinge immer auch ein patriotisches Versprechen der sowjetischen Bürger verbunden war, das auch im heutigen Russland gilt.

Es lautet:

Nie wieder soll es irgendwelchen Aggressoren gelingen, so nahe der eigenen Landesgrenze zu stehen, wie damals die Deutschen.

Diese Überlegung spielte 1945 eine Rolle, als mit dem Kriegsende die erste strategische Verteidigungslinie der sowjetischen Armee von der einstigen Staatsgrenze weg an die Oder und Neiße gelegt wurde.

Sie war präsent, als nach der Ablehnung der sowjetischen Note zur deutschen Einheit im März 1952 durch die drei Westmächte und die Bundesrepublik diese Grenze von der Oder und Neiße an die Elbe und Werra vorverlegt wurde.

Und sie war gegenwärtig, als 1955 und 1961 aus der ersten strategischen sowjetischen Verteidigungslinie zusätzlich die Außengrenze des Warschauer Vertrages zur NATO militärisch gesichert wurde wie keine andere Grenze auf der Welt.



Und diese Überlegung veranlasste selbst Gorbatschow 1986 in das Ehrenbuch der Grenztruppen zu schreiben:

„Am Brandenburger Tor kann man sich anschaulich davon überzeugen, wieviel Kraft und Heldenmut der Schutz des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden vor den Anschlägen des Klassenfeindes erfordert. Die Rechnung der Feinde des Sozialismus wird nicht aufgehen..... Ewiges Andenken an die Grenzsoldaten, die ihr Leben für die sozialistische DDR gegeben haben.“<sup>2</sup>

Alle, die Gorbatschow sonst über den Klee loben, sollten ausgerechnet diese Worte nicht aus ihrem Gedächtnis streichen.

Gorbatschow ließ sich von den USA über den Tisch ziehen, gestand der NATO ihre weitere Existenz trotz Auflösung des Warschauer Vertrages zu und machte hinter dem Rücken der DDR-Führung den Weg zur deutschen Einheit frei, ohne dafür vertraglich bindend politische Gegenleistungen zu fordern.

Das Ergebnis:

Das Territorium der Warschauer Militärkoalition, das einst die Sowjetarmee vom Faschismus befreit hatte, wurde innerhalb kurzer Zeit nicht etwa blockfrei, sondern dem Militärbündnis des politischen und militärischen Gegners zugeschlagen.

Ein einmaliger Vorgang in der Weltgeschichte, der von den Regierenden allzu gern unterschlagen wird.

Gorbatschow gab sich leichtgläubig mit einer mündlichen Versicherung zufrieden, dass sich die NATO nicht weiter nach Osten ausdehnen würde.

Zwar bestreiten einige Politiker nachträglich, dass es je eine solche Zusicherung gegeben habe. Doch die Archive sprechen eine andere Sprache. Der damalige NATO-Generalsekretär Wörner hatte am 17. Mai 1990 öffentlich bekannt gegeben:

Zitat:

„Schon der Fakt, dass wir bereit sind, die NATO-Streitkräfte **nicht** hinter den Grenzen der BRD zu stationieren, gibt der Sowjetunion feste Sicherheitsgarantien.“

Das war – wie gesagt - im Mai 1990. Da gab es die DDR noch. Das heißt: Die Sicherheitsgarantie der NATO lautete eigentlich sogar: Östlich von Elbe und Werra, also der damaligen Ostgrenze der BRD, sollten keine NATO-Truppen stationiert werden. Das bedeutet: Auch auf dem Territorium der DDR nicht!

Dass Monate nach dieser Erklärung die UdSSR zerschlagen wurde, kann nicht als Vorwand dafür gelten, die gemachten Zusagen der NATO nicht einzuhalten.

Bekanntlich ist die Sowjetunion nicht durch Volkes Willen aufgelöst worden. Nicht durch einen Volksaufstand. Eine Volksbefragung hatte dagegen ergeben, dass die Mehrheit der Sowjetbürger für den Erhalt der Union war.

Die Sowjetunion wurde von Teilen der sowjetischen Elite **von oben** zerschlagen. Das hat Gorbatschow und Jelzin die Sympathie des Westens gesichert. Mit dem ständig alkoholisierten Jelzin hatten die USA und ihre Verbündeten zudem ein leichtes politisches Spiel. Sie wurden sogar Saunafreunde, die “vergaßen”, nationale Interessen der Sowjetbürger wahrzunehmen. In den Vorzimmern der Macht saßen plötzlich US-amerikanische Berater.

Damit und mit der Verschleuderung des russischen Volksvermögens an US-amerikanische und internationale Konzerne wie es der Oligarch Chodorkowski betrieb, hat Putin Schluss gemacht. Nach den demütigenden Jelzinjahren ist Russland zurückgekehrt in den Stratus einer Großmacht. Putin stellt wieder legitime russische



Interessen in den Vordergrund. Seine Politik hat dem russischen Volk seine Würde wieder gegeben.

Damit hat er den Haß jener Kräfte auf sich gezogen, die Russland als gleichberechtigten Teilnehmer an der Lösung internationaler Probleme ausschalten wollen und das Land lediglich- wie es einst Obama arrogant verkündete- als "Regionalmacht" betrachten.

Ziel ist es, in Russland ein dem Westen zugewandtes Regime zu installieren. Nichts lieber hätten diese Leute als einen Maidan auch auf dem Roten Platz in Moskau.

An diesem Punkt muss angesetzt werden, wenn es um die Ursachen der Konflikte in der Welt geht. Vieles, was heute in der Welt durcheinandergeraten ist, ob die Konflikte im Irak, in Syrien, in Libyen, im Jemen, aber auch in der Ukraine, hängen mit den Jahren 1989 bis 1991 zusammen als die Sowjetunion zerschlagen wurde.

Die UdSSR war bis dahin eine Barriere gegen die Weltmachtambitionen der USA. Undenkbar, dass es bei ihrer Existenz einen so breiten Gürtel von Bürgerkriegszonen gegeben hätte, wie wir sie jetzt im Nahen und Mittleren Osten erleben, wo der Westen unter der Losung des "Sturzes von Diktatoren" und der "Bewahrung von Menschenrechten" im Prinzip Bürgerkriege erst möglich gemacht hat.

Inzwischen ist klar, dass es den USA 1989 keineswegs in erster Linie um die deutsche Einheit ging. Sie war nicht ihr Hauptziel. Sie war ein Mittel, um die Streitkräfte der UdSSR und später der Russlands aus dem Zentrum Europas zu drängen.

Der Warschauer Vertrag wurde einseitig aufgehoben. Die NATO blieb. Die russischen Streitkräfte zogen aus Mitteleuropa ab. Die USA setzten sich hier fest. Sie haben in Deutschland nach wie vor Atomwaffen stationiert. Condoleezza Rice, die spätere Außenministerin der USA, bekannte freimütig: Mit dem vereinten Deutschland, eingebettet in die NATO, war «Amerikas Einfluss in Europa gesichert.»<sup>3</sup> Dass inzwischen auch wieder deutsche Soldaten mit Panzern und schwerem Gerät an Russlands Grenzen stehen, ist ein entscheidender Punkt der Fehlentwicklungen seit 1990.

Nicht die Rückkehr der altrussischen Krim in die Russische Föderation ist die Ursache dafür, dass Russland und sein Präsident vom Westen verteufelt werden. Nein, die Zukunftsvision eines friedliebenden Europas zerschellte nicht in der Ostukraine, auch nicht auf der Krim, auch nicht in Belorussland. Sie zerbrach schon in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, als NATO – Staaten, darunter Deutschland, Jugoslawien bombardierten. Sie machten damit aus dem Kalten einen heißen Krieg. Erstmals seit 1945. Und das mitten in Europa.

Russland und Putin werden hierzulande politisch instrumentalisiert, um angebliche deutsche Verantwortung in der Welt militärisch zu begründen, die Aufrüstung der NATO- Staaten zu rechtfertigen und mehr Geld für die Aufrüstung zu bekommen.

Kürzlich las ich, wie der Preußische General Carl von Clausewitz über Russland dachte.

"Das Russische Reich“, so bekannte er nach einem Besuch in Moskau, „ist kein Land, das man förmlich erobern, das heißt, besetzen kann, zumindest nicht von den heutigen europäischen Staaten. Ein solches Land kann nur durch seine **innere Schwäche** oder die Wirkung interner **Zwietracht** besiegt werden.“ –

Ende des Zitats

Auf Letzteres hofft der politische Westen: Seine Politiker wollen lieber heute als morgen die Ereignisse vom Kiewer Maidan oder von den Straßen Belorusslands auf den Roten Platz nach Moskau tragen. Deshalb die Hofierung von sogenannten Kremlkritikern als Helden, deshalb die Erfindung immer neuer Beschuldigungen an Moskaus Adresse, deshalb die Auszeichnung von innenpolitischen Feinden der Russischen Föderation durch das Europa Parlament, deshalb die Lüge, Putin würde Gas als politisches Druckmittel gegen den Westen einsetzen.

Sie werden nicht klüger, diese Exporteure sogenannter westlicher Werte. Der versuchte Export solcher Werte hat zuletzt zu der Katastrophe von Afghanistan geführt, er ist verantwortlich für die Situationen im Irak, in Syrien, in Libyen, im Jemen und manch anderen Staaten. Die deutschen Politiker müssen endlich akzeptieren, dass die Russen **ihre** Lebensart haben, **ihre** Souveränität verteidigen und nicht zulassen können, dass die NATO ständig an ihren Grenzen provoziert.

Ob man Putin mag oder nicht, ob man sein Regierungssystem gut oder schlecht findet, ist Nebensache. Das große Land, in dem in Wladiwostok die Sonne aufgeht, wenn man sich in Moskau schlafen legt, kann ohnehin nicht nach den Prinzipien der deutschen Kleinstaaterei geführt werden, wo man sich nicht einmal einigen kann, ob man Sommer- oder Winterzeit will.

Ohne Russland ist kein globales Problem der Menschheit zu lösen. Deshalb ist es so kurzsichtig, dass Deutschland gegenüber Russland amerikanische Außenpolitik betreibt.

Liebe Anwesende,

Heimat ist zwar ein Begriff, der bei bestimmten Leuten tabu ist. Mir fällt dagegen eines der schönsten Kinderlieder der DDR ein. Wenn ich es höre, bekomme ich noch heute Gänsehaut. „Unsere Heimat – das sind nicht nur die Städte und Dörfer - ... Wir lieben die Heimat, die schöne,“ heißt es, „wir lieben sie, weil sie dem Volke, weil sie **unserem** Volke gehört!“ Ihr ward diejenigen, die dieses Land beschützt haben. Ihr habt dafür Euer eigenes Leben eingesetzt.

Wir gehörten zu den Generationen, für die der Sozialismus Gegenwart und Zukunft bedeutete. Dass es hätte auch anders kommen können, hatte in unserem damaligen Denken keinen Platz. Wir verstanden uns als Sieger der Geschichte und standen plötzlich als deren vermeintliche Verlierer da. Das ist sehr hart und muss erst einmal verkraftet werden. Von jedem Einzelnen! Das kostete und kostet weiter Kraft.

Ist das aber Nostalgie? Ich glaube nicht. Wer nicht fähig ist, sein sinnvoll gelebtes Leben in bester Erinnerung zu behalten, dem mangelt es an Emotionen, wer nur in der Vergangenheit lebt, ohne an Gegenwart und Zukunft zu denken, dem mangelt es an Optimismus.

**Wir**, davon bin ich überzeugt, werden – solange Leben in uns ist – keine Ruhe geben, um die Geschichtslügen über die DDR zu entlarven.

1Lenin,

2Eintrag M.S. Gorbatschows in das Ehrenbuch der Grenztruppen der DDR, 16. April 1986. Archiv des Autors.

31Vergleiche: Daniela Dahn, „der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute. Die Einheit – eine Abrechnung“, S. 52

2

Professor A. Baring „Deutschland, was nun?“ Siedler, EBENDA

4Justizminister Kinkel vor Staatsanwälten und Richtern auf dem 15. Deutschen Richtertag in Köln am 23. September 1991.

5Verfassungskonvent vom Herrenchiemsee vom 10. bis 23. August 1948. Protokolle der Sitzungen der Unterausschüsse, Unterausschuß I: Grundsatzfragen, Bundesarchiv (Koblenz), Z. 12, Nr. 26, S. 4/5. Zit. nach R. Badstübner: Friedenssicherung und deutsche Frage. Vom Untergang des Reiches bis zur deutschen Zweistaatlichkeit 1943 bis 1949), Berlin 1990, S. 379).

## **Beitrag Genosse Patrick Köbele, Vorsitzender der DKP**

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich freue mich außerordentlich bei Euch sprechen zu können. Da ich dies auch als eine Anerkennung der kommunistischen Partei für Euer Wirken bei der Sicherung des Friedens an der Staatsgrenze der DDR verstehe, ist mein heutiger Besuch zwar spät, ich denke aber nicht zu spät.

Mein Dank gilt Eurem Wirken an dieser Grenze zwischen den beiden Gesellschaftssystemen und Militärblöcken. Das war keine Grenze, wie jede andere. Das war auch keine Grenze zwischen zwei Gleichen, sondern das war die Grenze zwischen dem Lager des gesellschaftlichen Fortschritts und des Friedens auf der einen und den Kräften des Imperialismus, der alles riskiert, wenn es um seine Machterhaltung geht, auch den Untergang der Menschheit.

Heinz Keßler und Fritz Strelitz haben recht, wenn sie sagen, ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben. Euer Wirken hat den Frieden bewahrt und das Lager des gesellschaftlichen Fortschritts und des Friedens in Europa geschützt, bis es durch innere und äußere Ursachen konterrevolutionär beseitigt wurde. Ich stimme nicht in allem mit Wladimir Putin überein, aber das war eine Katastrophe für die Menschheit.

Ich möchte heute darüber sprechen, warum das Verhältnis zur DDR für die DKP unverzichtbarer Teil ihrer Identität war und ist und bleibt.

Die erste Ursache liegt in der Befreiung vom Faschismus. Die Kommunistinnen und Kommunisten, die Mitglieder der KPD, die aus den Konzentrationslagern, aus den Gefängnissen, aus dem Exil zurückkamen – sie bauten die KPD wieder auf, sie beteiligten sich in allen 4 Besatzungszonen am Wiederaufbau des zerstörten Landes und sie kämpften darum, dass die Konsequenzen gezogen werden sollten. „Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus“.

Das gemeinsame Klasseninteresse des Monopolkapitals der USA, Frankreichs, Großbritanniens und auch Deutschlands bedeutete schnell - Restauration des Kapitalismus dort, wo man Einfluss hatte, in den drei westlichen Besatzungszonen. da hielt man es gerne mit Adenauer: „Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb.“

Nun mussten deutsche Kommunistinnen und Kommunisten nicht nur gegen die Restauration des Monopolkapitalismus in den westlichen Besatzungszonen, sondern auch gegen die Spaltung Deutschlands und damit verbunden auch gegen die Remilitarisierung kämpfen.

Das ging schon früh los, bereits drei Jahre nach der Befreiung vom Faschismus, Da wurde dann auch gelogen und betrogen – hier ein Beispiel von Adenauer, der noch am 4. Dezember 1949 gegenüber dpa sagte:

„In der Öffentlichkeit muss ein für alle Mal klargestellt werden, dass ich prinzipiell gegen eine Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland und damit auch gegen die Errichtung einer neuen deutschen Wehrmacht bin.“ Diese Lüge führte selbst im eigenen Lager zu Brüchen, im Oktober 1950 trat Innenminister Gustav Heinemann aus Protest gegen die Remilitarisierung zurück.

Den Herrschenden in der abgespaltenen BRD war klar, der Widerstand gegen Spaltung und Remilitarisierung musste gebrochen werden und so ging es beginnend 5 Jahre nach der Befreiung und ein Jahr nach der Gründung der BRD, der Spaltung Deutschlands zur Sache. Im September 1950 wurde ein Beschäftigungsverbot im öffentlichen Dienst gegen Mitglieder der FDJ, der VVN und der KPD erlassen. Im April 1951 wurde die Volksbefragung gegen die Wiederbewaffnung und am selben Tag die FDJ in NRW verboten. Aus der Begründung:

„1. Die von der SED, dem Gewalthaber der Sowjetzone, betriebene Volksbefragung stellt einen Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes dar.

2. Die Vereinigungen, die diese Aktion durchführen, insbesondere die dazu errichteten Ausschüsse sowie die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), die Freie Deutsche Jugend (FDJ), richten sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung und sind daher (...) verboten.“

Am 26. Juni 1951 folgte das Verbot der FDJ im gesamten Gebiet der BRD, am 30. August 1951 wurde nach 2 Tagen Beratung das auch „Blitzgesetz“ genannte „Erste Strafrechtsänderungsgesetz“ als Verfolgungsinstrument beschlossen – in diesen Jahren gingen Kommunistinnen und Kommunisten, fortschrittliche Menschen, Gegner von Remilitarisierung und Spaltung Deutschlands bereits wieder in den Knast.

Am 23. November 1951 beantragte die Bundesregierung das Verbot der KPD.

Am 11. Mai 1952 wurde Philipp Müller, Mitglied der FDJ und der KPD, bei einer Friedensdemonstration in Essen erschossen.

Parallel wurden konspirativ die Strukturen des deutschen Militarismus wieder installiert: Bereits ab Mai 1950 hatte Adenauer Vorbereitungen für den Aufbau eines zukünftigen Kriegsministeriums getroffen. Hierfür wurde die Zentrale für Heimatdienst gegründet, die dann im Oktober 1950 in das Amt Blank übergang.

Und was hat das alles mit dem Verhältnis der DKP zur DDR zu tun?

Die KPD im Westen musste gegen zunehmende Repression und Antikommunismus kämpfen und erlebte gleichzeitig mit, wie die Genossinnen und Genossen in der SBZ und DDR gemeinsam mit Sozialdemokraten die Restauration des Monopolkapitals

verhinderten und den antifaschistisch-demokratischen Aufbau begannen. Kommunistinnen und Kommunisten erlebten die zunehmende Repression und sie erlebten die Solidarität ihrer Genossinnen und Genossen in der SBZ, später der DDR – und die Solidarität ihres Staates.

Das hat sie geprägt.

Am 17. August 1956 das Verbot der KPD. Büros, Druckereien wurden beschlagnahmt und sind es bis heute. Plötzlich hatte die KPD keine legalen Organe der Agitation und Propaganda mehr – dafür aber einen illegalen Radiosender den „Freiheitssender 904“ – mit Hilfe der DDR und aus der DDR. Die illegale Tätigkeit der KPD hatte mit der DDR ein legales Hinterland. Dort konnten Tagungen, bis hin zu Parteitagungen stattfinden und die Organe der DDR halfen diese zu schützen. Ein Teil der führenden Genossinnen und Genossen lebte in der DDR und wurde von dort, geschützt über die Grenze gebracht, auch mit Hilfe von Euch, den Grenztruppen der DDR.

So manche Aufnahme neuer Mitglieder in die illegale KPD wurde aus Gründen der Sicherheit in der DDR vollzogen und Genossen, die illegal arbeiteten konnten sich in der DDR erholen.

Der Kampf um eine legale, kommunistische Partei wurde in der BRD geführt, aber die Leitungsarbeit der KPD-Führung wurde zu großen Teilen durch die DDR, in der DDR und aus der DDR ermöglicht.

Ende der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts begann es in der BRD zu gären. Nicht nur Studentinnen und Studenten, auch Lehrlinge und Schüler rebellierten gegen den autoritären Staat und auch die Arbeiterbewegung nahm einen großen Aufschwung, Streikbewegungen nahmen zu. Den Kommunistinnen und Kommunisten in der KPD und SED war klar, ohne die Möglichkeit legal mit einer kommunistischen Partei einzugreifen, ist es schwer diesem Gären die notwendige Hefe der revolutionären Theorie, einer revolutionären Strategie und Taktik zu vermitteln. Der Kampf um die Legalisierung der kommunistischen Partei wurde intensiviert – die Herrschenden selbst waren unter Druck und doch nicht bereit den Kommunisten die Legalität zu geben – eine antisowjetische, nicht marxistisch-leninistische Partei vielleicht – die einfache Aufhebung des KPD-Verbots in keinem Fall. Die Herrschenden hätten gerne die Hülle einer kommunistischen Partei gehabt, antisowjetisch und antileninistisch. Aber darauf liesen sich die Kommunistinnen und Kommunisten nicht ein. Nach langen Diskussionen musste zwar auf den ruhmreichen Namen KPD verzichtet werden. Gleichzeitig wurde selbst um Wörter gerungen. Darum wurde die DKP auch 1968 nicht gegründet, sondern neu konstituiert – es musste klar gemacht werden, dass diese Partei in der Tradition der KPD steht, ohne auszusprechen, dass die DKP die Nachfolgepartei der KPD sei – das wäre übrigens bis heute ein Verbotgrund, dass KPD-Verbot existiert nach wie vor.

Leider ist dieser Teil der Geschichte nach wie vor wenige dokumentiert. Eine Ursache war, dass die Genossinnen und Genossen darauf achteten, nicht zu viel über die illegale Tätigkeit preiszugeben. Auf der anderen Seite hat der Klassengegner viel Interesse daran, dass in Vergessenheit gerät, dass in diesem Land nach wie vor ein Verbotsurteil gegen die kommunistische Partei existiert und Tausende, wenige Jahre nach der Befreiung vom Faschismus, wieder verfolgt, inhaftiert wurden. Das ging auch über den Zeitpunkt der Neukonstituierung der DKP hinaus. Unser früherer

Parteivorsitzender Herbert Mies schreibt dazu in seiner, leider nur noch antiquarisch erhältlichen Autobiographie, „Mit einem Ziel vor Augen“: „Zwanzig Jahre lang wurde gegen mich ermittelt. Haftbefehle lagen in jedem Polizeirevier aus. Begonnen hatte die juristische Verfolgung 1952 in Essen. In den Fahndungsbüchern der 60er Jahre wurde ich unter den Nummern 19, 58, 110 und 173 geführt. Erst im Oktober 1973 war ich tatsächlich frei“, da die „BRD nunmehr „die Tätigkeit für die FDJ vor und nach ihrem Verbot“ nicht mehr strafrechtlich verfolgen (würde)“.

Die DDR war in dieser Zeit auch tatsächlicher Fluchtort. Am spektakulärsten hier sicher die Geschichte von Jupp Angenfort, der sich nach einer wiederholten Verhaftung im Jahr 1962 bei einem Gefangenentransport befreien konnte und dann in die DDR „ausgeschleust“ wurde.

Es kann wohl niemanden wundern, dass diese Generationen von Kommunistinnen und Kommunisten davon geprägt war, dass in Deutschland die DDR „ihr Land“ war.

Für die DKP selbst war es aber ebenso selbstverständlich, dass ein wesentlicher Teil ihrer Identität der Kampf um die völkerrechtliche Anerkennung der DDR um normale zwischen staatliche Beziehungen zwischen der DDR und der BRD sein musste. Ebenso war aber klar, dass die DDR eine zentrale Rolle in der Sozialismuspropaganda der DKP spielte.

Die DKP und die mit uns befreundete Jugendorganisation SDAJ erlebten immer proletarische, internationalistische Solidarität seitens der SED, der FDJ und der DDR.

Ich nenne einige Beispiele:

Es wurde sowohl der SDAJ als auch der DKP ermöglicht, dass Kader den Marxismus-Leninismus studieren konnten. Für die DKP wurde dafür eine eigene Schule in Berlin Biesdorf geschaffen, die SDAJ konnte Genossinnen und Genossen an die Jugendhochschule Wilhelm Pieck delegieren. Es gab 3-Monats- und Jahreskurse. Und es gab an der Jugendhochschule später auch Sommerkurse in denen einige Dutzend SDAJ'lerinnen und SDAJ'ler für vier Wochen die Möglichkeit hatten unsere wissenschaftliche Weltanschauung zu studieren. Letzteres kam mir selbst zu teil und ich möchte mich dafür ausdrücklich bedanken.

Die SDAJ hatte viele Jahre die Möglichkeit hunderte von Jugendliche zu einem preisgünstigen zweiwöchigen Urlaub am Scharmützelsee beim Internationalen Freundschaftslager zu verhelfen.

Die „Jungen Pioniere“ unsere Kinderorganisation konnte jahrzehntelang tausende Kinder, vor allem aus armen Familien zu einem Sommerurlaub verhelfen, den viele nicht gehabt hätten, weil ihre Familien sich das nicht hätten leisten können.

Gruppen und Kreise der DKP, aber auch Gliederungen der SDAJ hatten vielfältige Möglichkeiten um Delegationen in die DDR zu entsenden. Dort wurden Betrieb, Schulen, Freizeiteinrichtungen, antifaschistische Gedenkstätten besichtigt mit Kollektiven, Hausgemeinschaften, Gruppen von FDJ, Gewerkschaftsleitungen, mit kommunalen Räten etc. Kontakt hergestellt und über diverseste Fragen diskutiert. Beliebt waren auch immer die Möglichkeiten sich mit Büchern einzudecken bzw. Besuche in Theater, oder gar der Oper. Wer Glück hatte traf sogar mit den Freunden, wie in der DDR die Truppen der roten Armee genannt wurde oder mit dem Oktoberclub zusammen.

Einen letzten Bereich der internationalen Solidarität möchte ich nennen. Es gab eine nicht unbedeutende Anzahl von Genossinnen und Genossen, heute leben nur noch

wenige davon, die durch die Zeiten der illegalen Arbeit, durch Gefängnisaufenthalte, nur sehr geringe Renten hatten. Auch diese Genossinnen und Genossen erhielten die Möglichkeit sich in der DDR zu erholen. Eine sehr praktische, aber für die Betroffenen eine ungeheuer wichtige Form der internationalen Solidarität.

Dabei blieb das Verhältnis zwischen SED und DKP, zwischen SDAJ und FDJ immer ein Verhältnis auf Augenhöhe. Bevormundungsversuche waren selten.

Eher führte das auf einer ganz anderen Ebene, als der der Bevormundung zu Problemen. Wenn der Klassengegner, seine Medien die DDR kritisierten, machten sie das nicht, weil sie die DDR, den Sozialismus stärken und Fehler beseitigen wollten. Nein, sie machten das, um ihn zu schwächen und dazu gehörte natürlich auch der Versuch einen Keil zwischen uns zu treiben. Weil wir das wussten, ordneten wir Kritik von ihm, aber manchmal natürlich auch Kritik von Kräften, die nicht zum Klassengegner gehörten, erstmal entsprechend ein und wiesen manchmal auch den realen Problemerkern der Kritik als unwahr zurück. Willi Gerns, der lange die ideologische Arbeit unserer Partei verantwortet, sagte im Rückblick, dass wir uns manchmal verhielten wie ein Boxer, der in die Ringecke gedrängt war. Dieses Bild trifft es recht gut.

Ihr müsst Euch vorstellen, dass der Satz „Geh doch nach drüben“ zum Standardrepertoire dessen gehörte, was man als Kommunistin und Kommunist zu hören bekam, wenn man aktiv war.

Ich hoffe, dass ich nachvollziehbar erklären konnte, wieso die enge Freundschaft zur DDR, zu ihren Organisationen und Organen, zur SED zur Identität der DKP gehörte. Das betraf auch durchaus die Grenzorgane. Gelegentlich wurden wir, wenn wir in die DDR einreisen wollten, doch zuvor vom Bundesgrenzschutz in die Mangel genommen, der oft, durch die geheimdienstliche Überwachung unserer Organisationen genau wusste, wer wir waren und wohin wir wollten. Da war es dann schon auch befreiend, wenn wir dann auf die Grenzorgane der DDR trafen, mindestens politisch war die DDR unsere Heimat.

Ich möchte aber noch ein paar Worte verlieren, warum ich meine, dass auch heute, über 30 Jahre nach der Konterrevolution und der Annexion der DDR ein solches Verhältnis unverzichtbar für die DKP ist.

Natürlich wissen wir, dass es wenig Sinn macht dem Imperialismus vorzuwerfen, dass er den Sozialismus bekämpft hat. Wir sind uns auch im Klaren, dass eigene Schwächen, Fehlentwicklungen, Fehler da die Tür geöffnet haben.

Ich bin mir sicher, dass ein zentrales Element der Niederlage war, dass die Partei in der Endphase ihre Avantgarderolle verloren hatte, wie es dazu kommen konnte, das ist weiter zu analysieren.

Eine Analyse der Niederlage ist nicht das Gleiche wie Entschuldigungen beim Klassengegner. Der kann und wird uns nämlich nicht helfen.

Zur Analyse muss aber auch gehören, zu bilanzieren, was schon gelungen war und das war gar nicht Wenige:

Die DDR war ein Friedensstaat, sie war ein Staat, in dem schlimmste soziale Verbrechen des Kapitalismus beseitigt waren, wie Obdach- und Arbeitslosigkeit. Zu sehen ist, dass der vollzogene Bruch mit dem Profitsystem Gesundheit und Bildung für alle ermöglichte und die Befreiung der Frau mindestens ökonomisch durchgesetzt war. Die Überwindung des Schocks der Niederlage und die Konterrevolution war

eben auch unsere Niederlage, lässt den Blick auf viele andere Bereiche zu. Städtebau, Kultur, öffentlicher Nah- und Fernverkehr, Freizeitgestaltung ohne Kommerz und vieles mehr – wir wissen, ein anderes Deutschland war möglich, die DDR war Sozialismus, nicht vollkommen, aber real.

Wenn wir dann noch den Blick weiten, über die DDR hinaus, dann können wir doch festhalten, dass das erstarkende sozialistische Weltsystem in der Lage war den Imperialismus in vielen Jahren zu einer gewissen Friedensfähigkeit zu zwingen. Was uns hier durch die Konterrevolutionen in den europäischen, sozialistischen Ländern verloren ging, erleben wir in einer kriegerischen Welt, in der seit dem Jugoslawienkrieg auch der deutsche Imperialismus wieder Kriege führt. Wir erleben es in der Hetze gegen die Russische Föderation und die Volksrepublik China, wir erleben es in Atomwaffendrohungen der Kriegsministerin und der wahrscheinlichen Anschaffung bewaffneter Drohnen durch die kommende Bundesregierung.

Wir können festhalten, dass ein starkes sozialistisches Weltsystem in der Lage war den Weg vieler Nationen aus der kolonialen Unterdrückung zu ermöglichen und wir erleben jetzt wieder, unter anderem in Libyen, in Syrien gegenüber Kuba und Venezuela wie zerstörerisch, erpressend unterdrückend und kriegerisch der Imperialismus ist, wenn er nicht in Schach gehalten wird.

Und als letztes Beispiel: Der schärfste Angriff auf die sozialen Rechte der Arbeiterklasse in unserem Land, das waren sicher die Agenda-Gesetze. Diese Gesetze hätte es mit einer existierenden DDR, mit einem sozialistischen Weltsystem nicht gegeben. Manche Gewerkschafterin, mancher Gewerkschafter scherzten in der Bundesrepublik der 70iger und 80iger Jahre gerne, dass die DDR als unsichtbarer Verhandlungspartner mit am Tisch von Tarifverhandlungen gesessen habe.

Das Verhältnis zur DDR, die Freundschaft zur DDR muss auch deshalb ein Bestandteil der Identität der DKP bleiben, weil ohne sie dieser gewaltige Erfahrungsschatz verloren ginge, der unverzichtbar ist, wenn wir für eine Welt ohne Krieg, ohne Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen kämpfen wollen. Das heißt gegen den Kapitalismus, gegen den Imperialismus und für den Sozialismus zu kämpfen – dazu muss die kommunistische Partei gerade auch das Erbe der DDR bewahren, sie war und ist die größte bisherige Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung.

## **Beitrag Genosse Joachim Sladko**

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde.

Wir sind alle mit diesem 75. Jahrestag verbunden, haben wir doch einen wichtigen Teil unseres Lebens die Uniform mit der grünen Waffenfarbe getragen. Es sind jene Jahre, an die wir uns erinnern, die uns heute noch wichtig sind.

Ich bin nur ein paar Monate älter als dieses Jubiläum, ich gehöre zu dem Jahrgang der als erster alle 3 Lehrjahre die gerade gebildete Offizierschule „Rosa Luxemburg“ besuchte. Als junger Leutnant begann ich meinen Dienst an der Staatsgrenze der DDR in der 5.Grenzkompagnie des Grenzregimentes .2 in Gerstungen, damals noch in der klassischen Kompaniesicherung. Das hatte sogar noch etwas von Romantik. Erfahrene



Genossen, mein Kompaniechef Major Werner Scholz und der Hauptfeldwebel Stfw. Albert Berger, später Verdienter Angehöriger der Grenztruppen, halfen mir von Anfang an auch über manche Klippe hinweg.

Ich betone heute absichtlich ihre Namen, weil es solche Grenzer waren, die die Geschichte der Grenztruppen geschrieben haben.

Mein Dienstweg führte mich von diesem Anbeginn bis in die Dienststellung des Stellvertreters des Kommandeurs und Leiter der Politabteilung des Grenzkommandos SÜD. Das war ich 8 Jahre lang. An der Seite meiner Kommandeure, der Generalmajore Walter Tanner und Heinz Janshen und Oberst Dieter Hoffmann hatte ich die Ehre diese verantwortungsvolle Dienststellung auszuüben. Ich bin heute noch stolz auf unseren Verband der mit dem Karl-Marx-Orden, der höchsten Auszeichnung der DDR ausgezeichnet wurde. Solche Erlebnisse bleiben im Leben immer unvergesslich. Auch die Niederlagen bleiben im Gedächtnis. Wie hat mein Kamerad Oberst Werner Wecke immer gesagt ? Schade um jeden Schlag der daneben geht ! Na, und wenn ich so daran denke, es waren meistens gutgemeinte Schläge, die wir von unseren Vorgesetzten einsteckten. Sie halfen uns oft weiter. Am Ende war es immer kameradschaftlich Wir haben unsere Vorgesetzten respektiert.

Nicht zuletzt konnten wir uns auch auf unsere Unterstellten verlassen, die gewissenhaft ihre Aufgaben erfüllten und mit hohem persönlichem Einsatz arbeiteten. Stellvertretend für die vielen möchte ich aus meiner persönlichen Sicht die Oberstleutnante Gerit Kaiser und Harald Hentschel nennen, Stellvertreter der Kommandeure und Leiter der Politabteilungen der Grenzregimenter 3 und 15. Ich könnte Hunderte Namen von den Genossen nennen, mit denen ich gemeinsam gedient habe, die ich gut kannte und viele heute noch kenne, die vorbildlich ihre Pflichten erfüllt haben. Wir waren stolz darauf, diesen verantwortungsvollen Dienst zu leisten.

Es war jedes unserer jährlichen Treffen, das uns die Gelegenheit gab, sich wiederzusehen und sich darüber zu freuen, dass es uns noch gibt. Ich nutze die Gelegenheit, um denen zu danken, die diese Treffen immer wieder organisiert haben, die Freunde um Oberst Günter Leo.

Maßgeblichen Anteil an dieser guten Tradition hatten unsere Chefs Generaloberst Klaus Dieter Baumgarten, Generalleutnant Karl Leonhardt und Generalleutnant Gerhard Lorenz. Vor allem das große persönliche Engagement von Karl Leonhardt werde ich nicht vergessen.

Und diese Tradition setzt sich auch bis heute fort. Grenzer halten zusammen, treffen sich regelmäßig zu gemeinsamen Veranstaltungen, helfen sich gegenseitig. Besonders hervorheben möchte ich die Grenzkameradschaft „Florian Geyer“ des Grenzregimentes -3 unter Vorsitz von Harald Hentschel, die „Freunde der Grenzkompanie Posseck“ mit Gerit Kaiser an der Spitze und die Kameradschaft des Grenzregimentes -15 unter Führung von Egon Hammerschmidt. Die Sonneberger treffen sich sogar auf Bataillonsebene. Ihrer Initiative ist es zu verdanken, dass die Grenzerskulptur vom ehemaligen Kulturhaus des Regiments gerettet wurde und an einem würdigen Platz steht.

Die Plauener „Freunde der Grenzkompanie Posseck“ führen gemeinsam mit tschechischen Grenzern ihre jährlichen Veranstaltungen durch. Die im Grenzdienst geborene Waffenbrüderschaft lebt auch heute fort. Unsere Genossen nehmen auch regelmäßig an Veranstaltungen der tschechischen Grenzer teil.

Bei den Dermbachern gehört die Ehrung von Hauptmann Rudi Arnstadt und Gefreiter Waldemar Estel zu den Höhepunkten im Jahr, verbunden mit der Pflege der Gedenkstätten. Das ist gerade in der Nähe des berüchtigten sogenannten Grenzmuseums „Alpha Point“ besonders von Bedeutung.

Vor einiger Zeit hatte Stfw. a. D. Bernd Dehn im Rahmen seiner Forschung über den ermordeten Grenzpolizisten Herbert Liebe festgestellt, dass dessen Grabstätte auf einem Geraer Friedhof von der Denkmalliste gestrichen wurde und beseitigt werden sollte. Uns ist es gelungen das zu verhindern. Auch Dank des Verständnisses der Friedhofsverwaltung ist das jetzt ein gepflegtes Grab. Am Grab befindet sich nunmehr eine Tafel mit folgendem Inhalt: Herbert Liebs wurde bei einem Streifengang hinterrücks von amerikanischen Soldaten erschossen. Eine solche wahrheitsgemäße Formulierung dürfte in Deutschland Seltenheitswert haben. So sind es viele, die heute noch die Geschichte der ehemaligen Grenzer fortschreiben. Ich bin davon überzeugt, an vielen Orten treffen sich Grenzer im kleinen Kreis oder so wie wir heute. Es gibt dafür ein echtes Bedürfnis. Ich denke gern an die schönen Stunden im Kollektiv ehemaliger Kommandeure und Politarbeiter aus dem Grenzkommando SÜD mit unseren Frauen vor ein paar Wochen im September im vogtländischen Schöneck. Es war schon das 23 . Das Treffen nächstes Jahr ist schon in Vorbereitung.. Die Einladung der Witwen unserer verstorbenen Genossen gehört bei solchen Treffen dazu.

Leider werden unsere Reihen immer lichter.

Es stellt sich die Frage, ob angesichts einer solchen Entwicklung solche Maßnahmen sich noch lohnen. Ich denke JA, wir sollten das nicht aufgeben. Ich glaube ,die politische Strafverfolgung durch die BRD –Justiz hat unsere Solidarität besonders herausgefordert. Bleiben wir dabei.

## **Beitrag Genosse Roland Gödicke**

### **Im Dienst für den Frieden und den Schutz der DDR – 75. Jahrestag der Gründung der Grenztruppen**

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

zum besseren Verständnis des oben genannten Themas und seiner Einordnung möchte ich meinen Beitrag beginnen mit einem Erlebnis aus der Zeit der Wende. Ziel dieser Ausführungen ist nicht das Verstehen bestimmter Verhaltensweisen sondern deren Einordnung in historische Zusammenhänge und Ereignisse.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. führte im September 1990 unter der Veranstaltungsnummer 248 auf Schloss Eichholz / Wesseling eine Tagung zum dem Thema durch „Sicherheitspolitische Perspektiven für die 90er Jahre – Anfragen an die Bundeswehr und Nato.

Vorangegangen war die Nato-Gipfelkonferenz in London als Tagung der Staats- und Regierungschefs des Nordatlantikrates vom 5. und 6. Juli 1990. Bekannt auch unter Londoner Erklärung .

Teilnehmer an dieser Konferenz waren Vertreter des Nato-Oberkommandos, des Bundesverteidigungsministeriums, die sicherheitspolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen bzw. deren Vertreter, Offiziere der Bundeswehr und zwei Offiziere der NVA, von denen ich einer war.

Diese Tagung verlief über drei Tage im besagten Schloss Eichholz, welches ein Bildungszentrum der Konrad-Adenauer-Stiftung ist.

Wir fuhren über die A2 mit dem PKW dorthin, wurden begrüßt und bekamen unsere Zimmer, das Ambiente war niveauvoll. Wir hatten aber den Eindruck, jeder Vergleich hat seine Mängel, als befänden wir uns im „ZOO“. Hier waren zwei Offiziere aus dem Osten. So etwas hatte man noch nicht gesehen. Ein Teil der Teilnehmer suchte daher den Kontakt zu uns, und wir trafen uns abends, um miteinander zu reden. Es verwunderte mich teilweise, mit welcher Offenheit von manchen Offizieren über Probleme in der Bundeswehr gesprochen wurde.

Ein Thema war, was passiert mit der NVA und ihren Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten. Hier gab es die Vorstellung, eine sogenannte „Gewissensprüfung“ durchzuführen. Man wird vor eine Kommission geladen und befragt: „Wie stehen Sie zur freiheitlich-demokratischen-Grundordnung der BRD und ihrer Verfassung“. Im Ergebnis der Befragung bekommt man die Bestätigung für diese Ordnung zu sein und wird entsprechend bewertet und eingestuft. Dazu wurden Gespräche und Diskussionen geführt. Ich habe versucht zu erläutern, dass man uns im Osten bisher immer den Vorwurf machte, wir hätten die Leute gezwungen, mit zwei Meinungen zu leben, einer offiziellen und einer gegenüber Freunden und guten Bekannten, zu denen man Vertrauen hatte. Mit dieser Überprüfung schafft man die gleiche Situation nur unter entgegengesetzten Vorzeichen. Wer würde bei eventueller Strafe seines sozialen Untergangs sich gegen das Grundgesetz bzw. die Grundordnung positionieren. Im Verlaufe der weiteren Entwicklung hat man von einer solchen Überprüfung abgesehen, was sie doch auch vergleichbar mit der sogenannten Entnazifizierung nach dem 2. Weltkrieg, wo man in ähnlicher Weise vorging.

Ein weiterer Fakt, der die Situation beleuchtet und den ich kurz darstellen möchte, war ein Redebeitrag des Militärseelsorgers der Bundeswehr, der sich unter anderem zur NVA und ihren Offizieren äußerte. Da diese Ausführungen konträr zu meinen Überzeugungen waren, bat ich ihn, seine generelle Haltung zur NVA und ihren Offizieren darzulegen und zu erklären, wie eine Militärseelsorge im Osten stattfinden soll.

Mit der Begründung, über diese Fakten noch nachdenken zu müssen, wurde das Thema beendet. Ich wurde aber von einem Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung angesprochen, am Abend zu diesem Thema im Weinkeller mit dem Herrn zu sprechen. Wir trafen uns am Abend, führten lange Gespräche zum Thema Kirche und deren Rolle und Entwicklung auch in den Streitkräften. Als Historiker war ich hier im Thema auch zu den damaligen neusten Erkenntnissen der Bibelforschung, da in der DDR dazu auch geforscht und publiziert wurde. Im Verlaufe unseres Gesprächs zu diesen Themen zitierte er die Bibel in Latein, entschuldigte sich bei mir, da ich dies nicht verstehen würde und wollte mir den Text ins Deutsch übersetzen. Ich erklärte ihm, dies sei nicht notwendig, da ich ein Latinum absolviert, Cäsar und Tacitus gelesen habe und sein Latein für mich kein Problem sei. Damit hatte ich bei Ihm großes Erstaunen ausgelöst. „Sie, ein Offizier aus dem Osten können Latein?“ Ich

erklärte ihn, dass das keine Ausnahme sei und im Rahmen des Abiturs Altsprachen unterrichtet werden. Wir haben im Osten nicht auf den Bäumen gelebt mit dem Messer hinter dem Rücken. Daraufhin erwiderte er: „Wir müssen über alles neu nachdenken, wir haben so viele Vorurteile“. Er gab mir noch den Rat, dass ich so weitermachen solle, worauf ich ihm erwiderte, dass ich dies schon seit über 20 Jahren tue.

Eine Episode noch aus dieser Zeit war, dass es vorkam, wenn ich früh zum Frühstück ging, dass Offiziere vom Tisch aufstanden und sich entfernten und mir damit verständlich machten, dass sie mit mir nichts zu tun haben wollten. Es gab aber auch andere, die zu mir kamen und das Gespräch suchten. An einem Morgen saß ich mit einem Offizier der Luftwaffe am Tisch und er erzählte mir, dass er gefragt worden sei, ob er einen Flugplatz im Osten übernehmen wolle für die Übergangszeit. Er hat dies abgelehnt. Als ich ihn nach den Gründen fragte, erklärte er mir, dass er nicht Besitzer spielen will und nicht einverstanden ist, was mit den Offizieren im Osten passiert, die doch den gleichen Job gemacht hätten. Sie bewirft man mit Schmutz und zieht ihnen das letzte Hemd aus. Damit ist er nicht einverstanden.

Es gibt noch mehr Eindrücke und Erlebnisse aus dieser Zeit, auf die ich aus Zeitgründen nicht näher eingehen kann. Ich wollte damit nur feststellen, dass Vorurteile noch bis heute das Thema beeinflussen, zu dem ich mich jetzt äußern möchte.

Am 1.12.2021 ist es 75 Jahre her, dass auf Befehl der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland deutsche Polizisten zur Unterstützung der sowjetischen Streitkräfte zum Schutz der damaligen Demarkationslinie eingesetzt wurden. Ab den 70-er Jahren wurde dieser Tag zum Tag der Grenztruppen.

31 Jahre nach Herstellung der staatlichen Einheit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik ist Deutschland weiterhin gespalten. Die Auseinandersetzungen über die Politik beider deutscher Staaten halten unvermindert an. Das betrifft auch den Charakter der Grenze zwischen beiden Staaten, die die BRD in Sinne ihres staatlichen Alleinvertretungsanspruches lediglich als "innerdeutsche Grenze" bezeichnet. Für die DDR war es die Staatsgrenze.

Begriffe wie „Mauerschützen“, „Todesschützen“ etc. sind nicht nur unzutreffend, sie sind diffamierend und sollen den Schutz der DDR-Grenzen als illegitim darstellen. Die Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere wurden nach Kriterien ausgewählt, die von der damaligen politischen Situation – kalter Krieg – bestimmt waren. Diejenigen, die an der Grenze ihren Dienst taten, waren keine Söldner, Killer oder Kriminelle, die nur darauf warteten, jemanden zu töten. Sie waren Familienväter und junge Männer, die sich mit der DDR verbunden fühlten und daraus ableiteten, dass ein Schutz der Grenzen notwendig ist. Sie dienten als Freiwillige oder Wehrpflichtige.

Diese Grenze war nicht nur Staatsgrenze, sie war Grenze zwischen zwei Militärblöcken, man konnte den „Gegner“ sehen. Die Konfrontation war real und spürbar.

Die Auseinandersetzungen zum Thema Grenze und Grenztruppen sind von einer scharfen Polemik und politischen Interessen geprägt. Einer objektiven und sachlichen Bewertung des Themas verweigert sich die offizielle BRD-Politik. Notwendig ist aber, die Betrachtung im historischen Zusammenhang zu sehen und dabei das

sicherheitspolitische Denken beider Seiten in seiner Entwicklung aus dem Ost-West-Konflikt heraus zu bewerten

Die Art, wie die Grenze zwischen beiden Staaten gesichert wurde und welche Mittel und Technik dabei zum Einsatz kamen, war abhängig von der Entwicklung der Doktrinen und der Strategien der Staaten, die Mitglied der Nato oder des Warschauer Vertrages waren. Diese waren wiederum bestimmt von der sich zunehmend entwickelnden politischen und militärischen Konfrontation nach dem zweiten Weltkrieg, wachsenden Rüstungsanstrengungen und dem Streben nach militärischer Überlegenheit. Ausgangspunkt dieser zunehmenden Konfrontation war stets der aggressive Kurs der westlichen Staaten, einschließlich der BRD: Adenauers Forderung nach "Befreiung der Ostgebiete", die Gründung eines Separatstaates BRD, die Einführung der Wehrpflicht, der Beitritt der BRD zur NATO 1955 etc. In den darauf folgenden Jahrzehnten bis in die 70-er Jahre bekam diese Entwicklung eine zunehmende Dynamik.

In diesen Zeitraum fallen auch zahlreiche militärische Konflikte und Kriege. Hier seien nur genannt der Koreakrieg, die Kubakrise, der Krieg in Vietnam, die Nahostkriege. Entlang der Grenzen zwischen den Militärblöcken wurden zunehmend Raketen und Truppen stationiert. Das Waffenarsenal wurde ständig modernisiert mit dem Ziel einer militärtechnischen Überlegenheit, um den Osten „tot zu rüsten“. Es herrschte ein Gleichgewicht des Schreckens. Vor diesem historischen Hintergrund entwickelte sich das Grenzregime beider Seiten. Bestimmt und beeinflusst wurden diese Prozesse von konträren politischen, militärischen und ökonomischen Interessen.

Mit der "Verordnung über weitere Maßnahmen zum Schutz der Deutschen Demokratischen Republik" von 1952 wurden zwar strenge Sicherungsmaßnahmen an der Grenze erlassen, allerdings mit der Maßgabe, *"dass sie bei einer Verständigung über die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen zur Herbeiführung der Einheit Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage sofort aufgehoben werden können"*. Noch stand also für die junge DDR und die Sowjetunion die Einheit Deutschlands auf der Tagesordnung. Seitens der BRD wurden aber Gespräche darüber abgelehnt. Die DDR wurde von Beginn an nicht anerkannt. Demzufolge auch nicht ihre Staatsbürgerschaft. Für die DDR wurden Begriffe wie „sowjetische Besatzungszone“, „Ostzone“ oder auch nur „Zone“ verwandt. In den westlichen Medien setzte man die DDR teilweise noch bis 1989 in Anführungsstriche. Die Bürger der DDR wurden als Deutsche behandelt, die nur von der BRD vertreten wurden und, so gewünscht, einen Pass der BRD ausgestellt erhielten. Gegen die DDR wurden wirtschaftliche Boykottmaßnahmen erlassen. Tausende DDR – Bürger wurden abgeworben, von Schleusern gegen Bezahlung über die Grenze gebracht oder sie entschieden selbst, die DDR, auch illegal, zu verlassen. Im Fokus standen dabei Fachkräfte aus Wirtschaft und Medizin.

In den 50-er Jahren erfolgte die Grenzsicherung durch die Grenzpolizei. Anfangs im Zusammenwirken mit den Streitkräften der Sowjetunion, die sich dann aber schrittweise herauslösten und nicht mehr an der Grenze präsent waren.

Die gesicherte Grenze zur BRD war bis 1961 über die vereinbarten und festgelegten Grenzübergänge passierbar. Die Anlagen zur Grenzsicherung bestanden anfangs aus hüfthohem Stacheldrahtzaun. Diese wurden in der Folgezeit schrittweise ausgebaut und erweitert. Die Grenze zu Westberlin war offen. Tausende Berliner waren

„Grenzgänger“. Ende der 40-er Jahre arbeiteten ca. 100.000 Westberliner im Ostteil der Stadt. Diese Zahl verringerte sich bis 1961 auf 13.000, davon waren allein 6000 Eisenbahner. Ungefähr 70.000 Ostberliner arbeiteten in Westberlin und 1961 waren es noch 60.000. Das Vorhandensein unterschiedlicher Währungen - zuerst eingeführt in den westlichen Besatzungszonen - und deren Umtauschmöglichkeiten führten zu hohen ökonomischen Schäden für die DDR. In Westberlin wühlten dutzende Geheimdienste gegen die DDR, alliierte Truppen waren mitten in der DDR stationiert.

Zunehmende Aggressivität des Westens, akute Kriegsgefahr sowie ökonomische Schädigung führten dazu, dass die Grenzen in Interesse der DDR-Bürger, aber auch der sozialistischen Staatengemeinschaft weiter ausgebaut, verstärkt und konsequent gesichert werden mussten. Aus dieser Situation heraus wurde in Abstimmung innerhalb des Warschauer Vertrages am 13.8.1961 die Grenze zu Westberlin geschlossen. "Ohne Mauer hätte es Krieg gegeben", so formulierten es Heinz Kessler und Fritz Streletz in ihrem Buch, das kürzlich in einer Neuauflage erschienen ist.

Am 15.9.1961 wurden die Grenzsicherungskräfte aus dem Ministerium des Innern herausgelöst. Das Kommando der Grenztruppen der DDR wurde gegründet. Rechtliche Grundlagen für die weitere Grenzsicherung waren die "VO zum Schutze der Staatsgrenze" von 1964 und das "Gesetz über die Staatsgrenze der DDR" von 1982. Mit dem Grundlagenvertrag 1972 und der Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO wurde in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht die Staatlichkeit auch im Sinne einer souveränen Grenzsicherung gestärkt.

Hauptaufgabe der Grenztruppen war es, als Verfassungsauftrag die Souveränität, die Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen, die territoriale Integrität und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten zu gewährleisten. Sie hatten die Landesverteidigung unmittelbar an der Grenze zu sichern. Dazu waren sie entsprechend ausgerüstet und bewaffnet. Ihre Aufgabe schloss auch ein, illegale, d. h. unerlaubte Grenzübertritte zu verhindern. Verletzungen der Grenzordnung und ungesetzlicher Grenzübertritt waren ordnungsrechtlich und strafrechtlich (§ 213 StGB DDR) bewehrt.

Für die Durchführung des Grenzdienstes gab es klare rechtliche Vorgaben, auch für den Einsatz von Schusswaffen, die Schusswaffengebrauchsvorschrift.

Obwohl Grenzgebiet und Grenze eindeutig für jedermann erkennbar waren, kam es zu Grenzverletzungen und erforderlichenfalls zur Schusswaffenanwendung. Dabei gab es auch Tote und Verletzte. Selbstverständlich ist das bedauerlich, ist aber das Ergebnis eines gefährlichen eigenen Risikos durch Missachtung der Gesetze.

Auch 26 Angehörige der Grenzpolizei und der Grenztruppen fanden in Ausübung ihres Dienstes den Tod.

Entgegen der wahrheitswidrigen Behauptung der BRD hat es zu keiner Zeit einen "Schießbefehl" gegeben. Diese bewusste Falschbehauptung war aber Anlass, gegen Tausende von DDR-Bürgern Strafverfahren wegen Mordes, Totschlags und Körperverletzung im Zusammenhang mit der Grenzsicherung durchzuführen. Gegen Grenzer, NVA-Angehörige, Politiker. In diesen Verfahren wurden ca. 300 Personen verurteilt, davon 30 zu mehrjährigen Freiheitsstrafen. Nach Verurteilung und Verbüßung der Strafen hatten die Betroffenen noch Zehntausende von EURO an Gerichtskosten und Auslagen an die Justiz zu zahlen - eine „Strafe nach der Strafe“.

Juristischer und politischer Widerstand gegen die willkürlichen Verfolgungen und solidarischer Beistand mit den Verfolgten – im Zentrum die Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH) – halfen, die Folgen dieses Unrechts zu mindern. Aber auch über den Charakter der Verfolgungen aufzuklären.

Der Einsatz des Strafrechts gegen Bürger, die für den Schutz ihres Staates Verantwortung getragen haben, ist Teil der Delegitimierung der DDR, vollstreckt von einer Unrechtsjustiz, vorgegeben von den politisch Herrschenden der BRD.

Übrigens, die Grenze zwischen den USA und Mexiko ist ähnlich technisch gesichert mit Mauer oder Zaun. Man geht davon aus, dass seit Mitte der 90-er Jahre dort zwischen 7000 und 11.000 Menschen ihr Leben gelassen haben. Kritik und oder gar Verfolgung der Grenzwächter sind kaum bekannt.

Am 9.11.1989 wurde auf einer Pressekonferenz zu den veränderten Ausreisebedingungen für DDR-Bürger bekanntgegeben, dass Privatreisen ins Ausland ohne Voraussetzungen möglich sind und das "*ab .... sofort*" (Schabowski).

Die Grenztruppen hatten dazu keinerlei Informationen, Weisungen oder Befehle erhalten. An den Grenzübergangsstellen versammelten sich Tausende und wollten passieren. Die Führungskräfte waren nicht erreichbar. Es entwickelten sich teilweise dramatische Situationen. Die Verantwortlichen vor Ort entschlossen sich, die Grenzübergänge zu öffnen und die Massen passieren zu lassen. An der Grenze fiel nicht ein Schuss. Es gab keine Verletzten. Dieses verantwortungsbewusste Verhalten entsprach den humanistischen Einstellungen der Offiziere und anderen Grenzern vor Ort. Es war Ausdruck eines tiefen Friedenswillens und -charakters der Grenztruppen der DDR. Zu Recht können die ehemaligen Angehörigen auf die Erfüllung ihres Auftrages, zur Erhaltung des Friedens und eines friedlichen Zusammenlebens der Bürger beigetragen zu haben, stolz sein.

## **Schlusswort Genosse Hans Bauer, Vorsitzender der GRH**

Liebe Genossen und Freunde!

75 Jahre Grenzpolizei/Grenztruppen der DDR waren Anlass unserer Zusammenkunft. Einig waren wir uns mit Sicherheit darin, dass dies keine rein historische Betrachtung sein konnte, um die es heute ging. Mit einem Blick und den Erfahrungen der Vergangenheit ging es um Gegenwart und Zukunft. Letztlich um eine Existenzfrage, um **Krieg und Frieden**. Früher wie auch Heute. Und darum, wo wir in dieser Auseinandersetzung stehen und wie wir uns in diesen Kampf einbringen können

Im Ergebnis unseres Treffens würde ich **drei Gedanken** unterstreichen:

### **Erstens**

Wenige der hier Anwesenden gehören zur ersten Generation der Grenzer. Mit Sicherheit die meisten der zweiten. Das waren die Sechziger Jahre bis zum Ende der DDR. Viele von Euch haben ihr entscheidendes Berufsleben dem Schutz der DDR

gewidmet. Dabei viele Opfer gebracht, persönlich und familiär. Und mancher wird sich nach der Annektion der DDR gefragt haben, hat es sich gelohnt?

Ich denke, darauf haben wir auch heute eine klare Antwort gegeben. Ja, es hat sich gelohnt. Der Beweis: 40 Jahre Frieden. Und dazu habt Ihr einen wichtigen Beitrag geleistet. An der gefährlichsten Stelle - an der Nahtstelle. Bei Gefahr des eigenen Lebens.

Und nach 1990 wurdet Ihr verunglimpft, verfolgt und bestraft.

Vor allem das Grenzregime und die Grenzer samt Kommandostrukturen wurden mit Tausenden von Strafverfahren überzogen. Mit falschen Beweisen" und "konstruiertem Recht". Und die Fälschung hält an.

Ihr habt bis 1990 bei der Sicherung unseres Staates, bei der friedlichen Öffnung der Staatsgrenze, in den zahllosen widerrechtlichen Prozessen und bis heute mit Eurer Überzeugung bewiesen, dass **sozialistische Militärs zutiefst dem Frieden und dem Menschen verpflichtet** sind.

Darauf könnt Ihr stolz sein. Und dafür gebührt Euch unser aller Dank.

Ihr habt die Friedenspolitik unseres Staates umgesetzt.

### **Zweitens**

Und heute? Bundeswehr und Sicherheitsbehörden Deutschlands vollstrecken auch Politik. Aber Kriegspolitik. Mit **Menschlichkeit hat das nichts zu tun. Mit MR schon gar nicht**, wie es die westliche Wertegemeinschaft immer wieder suggeriert. Deutschland steht mit an der Spitze jener Staaten, die Kriege vorbereiten, ja bereits Kriege geführt haben und führen. Es provoziert mit Worten und Taten andere Staaten. Schon wenige Wochen nach den Wahlen machen deutlich, dass dieser Kurs sich noch verstärkt. Und vor allem gegen Russland und China gerichtet ist.

Bundespräsident Steinmeier bezeichnete jüngst die BRD als "das beste Deutschland".

Was für eine Lüge, welche Heuchelei!

Ich denke, unser Treffen hat auch hierzu klare Worte gefunden.

### **Drittens**

Dass wir uns in Würde und mit ungebrochener Überzeugung hier versammelt haben, zeugt von Standhaftigkeit und Bereitschaft, uns mit unseren Erfahrungen in die heutigen Auseinandersetzungen einzubringen. Nicht nur passive Betrachter des Geschehens zu sein. Möglichkeiten und Grenzen sind zweifellos unterschiedlich. Aber auf niemand kann verzichtet werden. Nicht jeder kann sich mehr an Friedensaktionen auf der Straße beteiligen.

Aber Erfahrungen weitergeben an Jüngere, Erinnerungen aufschreiben oder auch Protest erheben, und Leserbriefe schreiben - auch das sind Formen des Widerstandes gegen Kriegspolitik. Formen der Aufklärung über unseren Dienst, über die Friedensgrenze, über die DDR.

Solche Treffen wie dieses stärkt **eigenes Bewusstsein und stärkt unsere Gemeinschaft**. Gibt neue Kraft und Optimismus, Und deshalb sind sie so wichtig.

Mehrere Teilnehmer äußerten: *Wir müssen weiter machen! Weiter kämpfen!* So wie es heute auch unser hochgeschätzter Genosse Günter Ganßauge mit 92 Jahren zum Ausdruck brachte.



Ja, liebe Genossinnen und Genossen, der Kampf um Frieden, Wahrheit und Gerechtigkeit geht weiter.

Ich danke allen, die zum Grenzertreffen gekommen sind; ich danke Genossen Egon Krenz, Patrik Köbele, allen, die in der Diskussion gesprochen haben, unseren ausländischen Gästen aus Polen und unseren tschechischen Freunden, die eng mit der Grenzkompagnie Posseck verbunden sind.

Unser besonderer Dank gilt Genossen Günter Ganßauge, der als Leiter des Informationszentrums am Brandenburger Tor die DDR vertreten hat. Bis heute, vor zwei Jahren während eines Empfangs des Pariser Bürgermeisters, verteidigte er die Friedenspolitik der DDR.

Ich danke den Militärattachés aus der Russischen Föderation.

Dank den Genossen, die das Treffen vorbereitet haben, besonders dem Leiter der AG Grenze Oberst a.D. Günter Leo.

Bleibt standhaft und gesundheitlich stabil. Bis nächstes Jahr.



Verband zur Pflege der Traditionen  
der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen e.V.

---

## Glückwünsche zum 75. Jahrestag der Grenztruppen der DDR

Am 01. Dezember 1946 nahmen auf Weisung der sowjetischen Militäradministration die ersten Grenzer ihren Dienst an der damaligen Demarkationslinie der Sowjetischen Besatzungszone zu den westlichen Besatzungszonen, der Grenze zur VR Polen und zur CSSR auf. Über mehr als 4 Jahrzehnte haben jungen Menschen diese Grenze für ihren Staat, die sozialistische Deutsche Demokratische Republik, zuverlässig gesichert. Der Kalte Krieg und der Alleinvertretungsanspruch der BRD für alle Deutschen bestimmte für lange Zeit das Klima an dieser Staatsgrenze zwischen den beiden souveränen deutschen Staaten. Die Staatsgrenze zwischen der sozialistischen DDR und der kapitalistischen BRD war zugleich die Trennlinie zwischen zwei sich feindlich gegenüberstehenden Militärblöcken, dem Warschauer Vertrag und der NATO. Daraus erwuchsen besondere Anforderungen und Charakteristika für den Dienst an der Staatsgrenze der DDR.

Aus Grenzpolizisten wurden Grenzsoldaten, aus Grenzpolizei Grenztruppen. Im Unterschied zu den meisten Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR waren die Angehörigen der Grenztruppen oftmals Auge in Auge mit dem militärischen Gegner konfrontiert. Auch diese Konfrontation führte dazu, dass 27 junge Menschen, Grenzer, ihr Leben bei der Verteidigung der Souveränität ihres Vaterlandes geben mussten. Denn es gab sehr wohl einen Schießbefehl an der Grenze. Aber nicht für die Angehörigen der Grenztruppen der DDR sondern für die amerikanischen Besatzungsstreitkräfte in der BRD, wie unser Genosse Oberst a.D. Herbert Prauß anhand von Dokumenten für den Thüringer Raum nachweisen kann.

Seit dem 01.12.1946 sind 75 Jahre vergangen. Ein Jahrestag, der sich mit dem 60. Jahrestag des 13. August 1961 schneidet. Ein Jubiläum, das erneut Anlass gab Gift und Galle über die Grenztruppen auszuschütten. Es war ihnen völlig unmöglich anzuerkennen, dass mit den Maßnahmen zur Grenzsicherung vom 13. August 1961 nicht zuletzt ein Krieg auf deutschem Boden und damit in Europa und womöglich der ganzen Welt verhindert wurde. Dieses Handeln konnte ebenso wenig gewürdigt werden, wie das Handeln derer, die mit persönlichem Mut und Verantwortungsbewusstsein dafür sorgten, dass die Öffnung der Grenzen am 09.11.1989 friedlich, ohne Gewalt, ohne einen einzigen Schuss, erfolgte.

Euch ist es auch zu danken, dass bis zur Einstellung der Grenzkontrollen zur BRD 1990 und dem nachfolgenden „Anschluss“ von deutschem Boden kein Krieg ausging! Eine Tatsache, die heute schon nicht mehr selbstverständlich ist.

Es ist uns deshalb ein Herzensbedürfnis, alle ehemaligen Grenzer und Zivilbeschäftigten der Grenztruppen der DDR zu ihrem Jahrestag zu beglückwünschen und ihnen ein herzliches Dankeschön zu sagen.

Wir werden nicht nachlassen, Euer Handeln gegen vielfältige Versuche, die Geschichte zu verfälschen, zu verteidigen und in Ehren zu halten!

Für den Vorstandes

Friedemann Munkelt  
Oberst a.D.

Für den Ältestenrat

Manfred Jonischkies  
Generalmajor a.D.



**Sozialistische  
Wochenzeitung  
Zeitung der DKP**

Freitag, 12. November 2021 **15**

# Die den Frieden gesichert haben

DDR-Grenzer trafen sich 75 Jahre nach Gründung ihrer Einheiten

Morgens um halb zehn in Deutschland. Hartmut König, Mitgründer des Oktoberclubs, greift zur Gitarre und stimmt „Sag mir, wo du stehst“ an. Am vergangenen Samstag war das keine Frage, sondern eine Auszeichnung. Im brandenburgischen Bestensee trafen sich mehr als 150 Grenzer vor allem der DDR, aber auch aus Polen und Tschechien. Sie wussten genau, wo ihr Platz ist und wissen es noch heute: An der Seite der Friedenskräfte.

Ein geladen hatte die Gesellschaft für Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V. (GRH) aus Anlass des 75. Jahrestages der Grenzpolizei/ Grenztruppen der DDR.

Hauptredner Egon Krenz, ehemaliger Staatsratsvorsitzender der DDR, dankte den Genossinnen und Genossen, die 40 Jahre dazu beigetragen hatten, dass von deutschem Boden kein Krieg ausging. Nach der Annexion der DDR und mit dem Angriffskrieg gegen Jugoslawien unter deutscher Beteiligung war das vorbei. Die Grenzer wurden mit Strafen, Lügen und Dreck überzogen.

Heute fühle er sich zurückversetzt in düsterste Zeiten des Kalten Krieges, so Krenz. Angesichts der jüngsten NATO-Tagungen und -Pläne zitierte er Erich Weinerts „Der Heimliche Aufmarsch“: „Das sind die Stimmen der Kriegsminister, Arbeiter, hörst du sie nicht? Es flüstern die Kohle- und Stahlproduzenten. Es flüstert die chemische Kriegsproduktion. Es flüstert von allen Kontinenten: Mobilmachung gegen die Sowjetunion!“ Russland und China heute zu Feinden zu erklären sei höchst explosiv und richte sich objektiv gegen die Interessen der deutschen Bevölkerung. Das jährlich stattfindende Treffen der Grenzer, ihre Solidarität, ihren Zusammenhalt, bezeichnete Krenz als starken Gegenpol gegen die Verleumder. Nicht Ewiggestrige seien sie, sondern als konsequente Friedenskräfte Ewigmorgige.



Foto: Andrea Malaga  
Volles Haus beim Grenzertreffen in Bestensee

In der anschließenden Diskussion sprachen ehemalige Grenzer der DDR, aus Polen und Tschechien über Erinnerungen und über ihre heutige Arbeit im Kampf um die historische Wahrheit und gegen das Vergessen. Auch Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, war eingeladen, um im Rahmen der Aussprache Grüße zu überbringen. Er erinnerte, wie schon Krenz, an die Opfer des Kalten Krieges in Westdeutschland, an die Verbote von VVN, FDJ und KPD und die Volksbefragung gegen Remilitarisierung. Vor allem erinnerte er an die Solidarität von SED und FDJ und ihres Staates mit den westdeutschen Genossinnen und Genossen – zunächst mit der illegalen KPD und später mit der neukonstituierten DKP und dem Jugendverband an ihrer Seite, der SDAJ. Köbele erinnerte an die Schulungs- und Erholungsmöglichkeiten in der DDR, an die Ferienfahrten mit Kindern aus armen Familien, die sich keine Reisen leisten konnten. Er erinnerte an die Grenzübertritte, schikaniert von den west-

deutschen Beamten, willkommen geheißen von den Grenzern der DDR – in der politischen Heimat. Für die DKP habe es keinen anderen Platz als den an der Seite der DDR geben können. Daran habe auch das hässliche „Geh doch nach drüben“, das den Genossinnen und Genossen an den Infotischen der DKP vor den Kopf geknallt wurde, nichts ändern können.

Auch Hans Bauer, Vorsitzender der GRH, dankte den Grenzern, die die Friedenspolitik des Staates DDR „an der Nahtstelle“ praktisch umgesetzt haben. Bauer versicherte, dass ihr Zusammenhalt trotz steigenden Alters fortbestehe, um weiter aktiv zu sein für Frieden und freundschaftliche Beziehungen zwischen den Staaten, für Frieden mit Russland und China, gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Wera Richter

Die Rede von Patrik Köbele gibt es unter [kurzellinks.de/grenzer](http://kurzellinks.de/grenzer)  
Alle Beiträge werden in einer Broschüre der GRH veröffentlicht: [www.grh-ev.de](http://www.grh-ev.de)

## **Herausgeber:**

Vorstand der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH ) e.V.,  
AG Charlottenburg RNR.: 14285 Nz

Mitglied des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV).

Vorsitzender: Rechtsanwalt Hans Bauer

Geschäftsführer: Dieter Stiebert

Geschäftsstelle des Vorstandes: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel./ Fax : 030 2978 4225

Internet: [www.grh-ev.org](http://www.grh-ev.org)

E-Mail: [verein@grh-ev.org](mailto:verein@grh-ev.org)

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle: Dienstag & Donnerstag, jeweils 9.00 bis 14.00 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die „Informationen“ dienen der Unterrichtung der Mitglieder und Sympathisanten der GRH e.V. und dürfen bei Behörden nicht als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Spenden zur materiellen Unterstützung von Opfern der politischen Strafjustiz und zur Finanzierung weiterer humanitärer Tätigkeit der GRH e.V. werden erbeten auf das

**Konto der Berliner Volksbank, IBAN DE53 1009 0000 5788 9000 09,  
BIC BEVODEBB**